

# Zeitschriftenlese

Archiv für Presserecht  
Jg 31 (2000) Nr 1

Libertus, Michael: Beteiligung von ARD und ZDF an einem deutschen Auslandsfernsehen? – S. 1 – 7

Ausgelöst durch die Diskussion über Kürzungen im Haushalt der Deutschen Welle gibt es seit Mitte 1999 verschiedene Bestrebungen zur Herstellung einer verstärkten Kooperation der Deutschen Welle mit ARD und ZDF. Der Autor untersucht, welche verfassungsrechtlichen, aber auch rundfunkrechtlichen Implikationen eine solche Kooperation mit sich bringen könnte. Er kommt zu dem Ergebnis, dass die Gründung einer gemeinsamen Körperschaft mit den Gliedern ARD-Landesrundfunkanstalten, ZDF sowie Deutscher Welle nicht zu einer verfassungsrechtlich unzulässigen Bund-Länder-Mischverwaltung führen würde. Allerdings bedürfe es ggf. einer Erweiterung des gesetzlich bzw. staatsvertraglich festgelegten Funktions- und Aufgabenkreises von ARD und ZDF. Käme es zu einer solchen Erweiterung, wäre nach Auffassung des Verfassers auch ein Einsatz von Rundfunkgebührenmitteln zulässig.

Janik, Victor: Der deutsche Rundfunkbegriff im Spiegel technischer Entwicklungen. – S. 7 – 16

Der Autor geht in seinem Beitrag davon aus, dass es angesichts der unvorhersehbaren Entwicklungen im Multimediabereich eine abschließende Definition des „Rundfunkbegriffs“ weder gebe noch geben könne. Bei der Abgrenzung im Einzelfall müsse daher v. a. die Relevanz eines Angebotes für den öffentlichen Meinungsbildungsprozess im Vordergrund stehen. Vor diesem Hintergrund unternimmt der Autor den Versuch einer begrifflichen Zuordnung diverser moderner Kommunikationstechniken (z. B. Abrufdienste im Internet, Instore-Radio, Business-TV). Er kommt zu dem Schluss, dass konkrete Aussagen über den Inhalt des Rundfunkbegriffs heute kaum noch möglich seien. Da dies jedenfalls mit dem ursprünglichen Verständnis des Rundfunks nicht vereinbar sei, hält er es für erforderlich, den Rundfunkbegriff in Zukunft durch eine Kombination aus technischen und meinungsrelevanten Kriterien auf ein neues Fundament zu stellen.

Rühl, Ulli F. H.: Tatsachenbehauptungen und Wertungen: Versuch über den Sinn und die Kriterien ihrer Unterscheidung im deutschen Rechtssystem. – S. 17 – 23

Das deutsche Recht setzt in vielfältigen Zusammenhängen die Unterscheidung von Tatsachenbehauptungen und Wertungen voraus. Der erste Teil des Beitrags widmet sich der Frage, ob dieser Unterscheidung nicht schon prinzipielle erkenntnistheoretische Gründe entgegenstehen. Im Ergebnis wird dies verneint: Die Einordnung von Äußerungen als Tatsachenbehauptungen oder Werturteil möge zwar im konkreten Fall schwierig sein, unmöglich sei sie aber nicht. Hier von ausgehend unternimmt der Autor im zweiten Teil

den Versuch, „die Komplexität der unüberschaubaren [Abgrenzungs-]Kasuistik“ zu reduzieren und „auf einige systematische Gesichtspunkte“ zurückzuführen. Dabei befasst er sich v. a. mit dem Problem der begrifflichen Einordnung von Schlussfolgerungen (z. B. Sachverständigengutachten).

Wallraf, Georg: Elektronische Pressespiegel aus der Sicht der Verlage. – S. 23 – 29

§ 49 UrhG regelt u. a. die Zulässigkeit der „Vervielfältigung und Verbreitung einzelner Rundfunkkommentare und einzelner Artikel aus Zeitungen und anderen lediglich Tagesinteressen dienenden Informationsblättern in anderen Zeitungen und Informationsblättern dieser Art sowie die öffentliche Wiedergabe solcher Kommentare und Artikel“. Der Autor vertritt die Auffassung, elektronische Pressespiegel seien vom Anwendungsbereich dieser Vorschrift nicht gedeckt. Er verweist insoweit v. a. darauf, dass „die digitale Nutzung mit dem Sachverhalt, den der Gesetzgeber geregelt hat, keine Gemeinsamkeiten aufweist.“ In der Herstellung elektronischer Pressespiegel erblickt er den ersten Schritt zur Herstellung eines elektronischen Pressearchivs. Im Übrigen ergäben sich im Falle der Anwendung des § 47 UrhG auf elektronische Pressespiegel u. a. Wertungswidersprüche zu den §§ 53 und 87c UrhG.

Hutter, Michael: Ökonomische Eigenheiten des E-Commerce. – S. 30 – 32

Die Beschreibung der ökonomischen Eigenheiten des E-Commerce erfolgt zunächst – ausgehend von der These „unendlich fallender Durchschnittskosten für Informationsgüter“ – in Bezug auf den Begriff der „Kommunikation“, sodann – ausgehend von der These des „exponentiellen Zusammenhangs zwischen Netzwerk und Anzahl der Netznutzer“ – in Bezug auf den Begriff der „Netzwerke“. Insgesamt werden neun Eigenheiten identifiziert. Der Autor fordert Ökonomen dazu auf, „in ihren Modellen einer Wirtschaft Rechnung zu tragen, in der der Überfluss der Information das Verhalten bestimmt, nicht die Knappheit der Produktionsfaktoren, und in der sich die traditionellen Unterschiede zwischen Produktion und Konsumtion auflösen.“

Jg 31 (2000) Nr 2

Knothe, Matthias; Lebens, Julia: Rundfunkspezifische Konzentrationskontrolle des Bundeskartellamts. – S. 125 – 131

Die Vorschriften zur Konzentrationskontrolle im Bereich des Rundfunks in den §§ 25 ff. RfStV waren auch nach ihrer Neuregelung durch den Dritten Rundfunkänderungsstaatsvertrag aus dem Jahr 1996 vielfach der Kritik ausgesetzt. Vor diesem Hintergrund widmen sich die Autoren der „Idee einer ausschließlichen Entscheidungskompetenz des Bundeskartellamts.“ Sie prüfen zunächst, „inwieweit das Kartellrecht modifiziert werden müsste, um rundfunkspezifischen Besonderheiten Rechnung tragen zu können.“ Des Weiteren gehen sie der Frage nach, in welcher Form die vorgeschlagene Neuordnung des Konzentrationsrechts „im Hinblick auf verfassungsrechtliche Vorgaben verwirklicht werden könnte“. Für erwägenswert halten sie insbesondere eine Regelung im Rahmen eines Bund-Länder-Staatsvertrages.

Bamberger, Christian: Haftung der Konzentrationswächter gegenüber den Landesmedienanstalten?. – S. 131 – 138

Der Beitrag befasst sich mit der Frage, ob Mitglieder der KEK bei fehlerhaften Entscheidungen gegenüber der im jeweiligen Fall zuständigen Landesmedienanstalt aus positiver Forderungsverletzung persönlich finanziell in Anspruch genommen werden können. Im Ergebnis wird dies verneint. Zur Begründung wird u. a. ausgeführt, die positive Forderungsverletzung sei im öffentlichen Recht nicht anwendbar, wenn damit die persönliche Haftung Privater begründet werden solle, da eine solche richterliche Rechtsfortbildung dem Vorbehalt des Gesetzes widerspreche. Auch verfahrensprozessuale Fragen finden ausführlich Berücksichtigung.

Ringel, Franz: Das Zugangsrecht von Fotoreportern bei Theaterpremierern. – S. 139 – 142

In seiner Untersuchung zum Zugangsrecht von Fotoreportern bei Theaterpremierern kommt der Autor zu dem Ergebnis: „Auch Bildjournalisten haben zum Zwecke der Anfertigung von Premierenfotos gegenüber Theatern der öffentlichen Hand und Privat Bühnen einen Anspruch auf Zutritt während der Veranstaltung. Dieser presse- bzw. medienrechtliche Anspruch entspringt der Pressefreiheit und geht etwaigen hausrechtlichen Befugnissen der Theaterleitung in der Regel vor. Aus Gründen der Verhältnismäßigkeit und zur Vermeidung von Störungen während der Veranstaltung ist es Theaterveranstaltern allerdings erlaubt, ihre Informationspflichtung über eine im Vorfeld der jeweiligen Aufführung stattfindende Fotoprobe zu erfüllen.“

Ory, Stephan: Vom Kampf gegen die „Scheinselbständigkeit“ zur Förderung der Selbständigkeit. – S. 143 – 147

Mit dem am 10.1.2000 veröffentlichten Gesetz „Zur Förderung der Selbständigkeit“ ist es zu einer Korrektur der zuvor geltenden, vielfach kritisierten Regelung zur „Scheinselbständigkeit“ vom 1.1.1999 gekommen, die gerade auch für freiberuflich tätige Journalisten gewichtige Auswirkungen hatte. Der Autor erläutert in seinem Beitrag die wesentlichen Fragestellungen, die im Zusammenhang mit der nun geltenden Rechtslage entstanden sind. Er befasst sich u. a. auch mit den für Publizisten besonders bedeutsamen Bezügen zur Künstlersozialversicherung.

### Comm/Ent Jg 21 (1999) Nr 4

Kernan, Michael: Should Motion Picture Studios and Filmmakers Face Tort Liability for the Acts of Individuals Who Watch Their Films?. – S. 695 – 715

Der Beitrag setzt sich mit der Frage auseinander, inwiefern an der Filmherstellung Beteiligte für die Folgen haften, die Zuschauer des Films auslösen. Ausgangspunkt ist das Urteil eines Gerichts in Louisiana, das von der Möglichkeit einer solchen Haftung ausgeht. Der Verfasser kommt zu dem Ergebnis, dass eine derartige Verurteilung unter dem First Amendment

der amerikanischen Verfassung keinen Bestand haben kann.

Landau, Michael; Biedermann, Donald E.: The Case for a Specialized Copyright Court: Eliminating the Jurisdictional Advantage. – S. 717 – 784

Der Beitrag diskutiert die Frage, inwieweit es in den Vereinigten Staaten spezieller Gerichte für Copyright-Fragen bedarf. Zur Beantwortung dieser Frage werden Erfahrungen mit anderen Spezialgerichten analysiert und Defizite der Rechtsprechung im Bereich des Copyright herausgearbeitet. Die Autoren plädieren für die Einrichtung eines „National Copyright Court“.

Berger, Jonathan: Marching to Madness: „Dual Use“ Trademarks After Illinois High School Association v. GTE Vantage. – S. 785 – 807

In den Vereinigten Staaten ist ein Rechtsstreit um die Verwendung des Begriffs „March madness“ als Warenzeichen entbrannt. Mit dem Begriff wird zum einen im Englischen traditionell der „verrückte Monat März“ charakterisiert, zum anderen aber auch auf die in diesem Monat endende Basketball-Saison Bezug genommen. Der Trademark-Streit entbrannte durch ein Urteil, dass die Nutzung des Begriffes als Warenzeichen zwei unterschiedlichen Nutzern gestattete. Der Beitrag stellt dar, dass eine derartige Auslegung den Grundsätzen des Trademark Law zuwiderläuft und eine sachgerechte Lösung auch durch Anwendung der tradierten Entscheidungsregeln hätte erreicht werden können.

Wang, Amy: Consumer Advocacy in the Sports Industry: Recognizing and Enforcing the Legal Rights of Sport Fans. – S. 809 – 828

Moore, Christopher Paul: Music Included on Software Downloaded From the Internet: Public Performance or Private Use?. – S. 829 – 846

### Communication Research Jg 27 (2000) Nr 1

Grabe, Maria Elizabeth; Lang, Annie; Zhou, Shuhua: Cognitive Access to Negatively Arousing News: An Experimental Investigation of the Knowledge Gap. – S. 3 – 26

Kasisomayajula, Viswanath; Kosicki, Gerald M.; Fredin, Eric S.: Local Community Ties, Community-Boundedness, and Local Public Affairs Knowledge Gaps. – S. 27 – 50

Chapin, John R.: Third-Person Perception and Optimistic Bias Among Urban Minority At-Risk Youth. – S. 51 – 81

Der Autor untersucht die sozialpsychologische Funktionsweise des so genannten Third Person Effects, der dann vorliegt, wenn jemand eine Gefährdung etwa durch Medien für andere vermutet, aber sich selbst für resistent hält. Erhoben werden Daten zum so genann-

ten „optimistic bias“, also zu der These, dass bei Risikoabschätzungen das eigene Risiko meist immer geringer eingeschätzt wird.

Valkenburg, Patti M.; Cantor, Joanne; Peeters, Allerd L.: Fright Reactions to Television: A Child Survey. – S. 82 – 99

Auf der Basis von Telefoninterviews bei 7- bis 12-jährigen Kindern werden Bedingungen von, Auslöser für und Bewältigungsstrategien von Angstreaktionen in Bezug auf Fernsehsendungen untersucht.

### Jg 27 (2000) Nr 2

Scheufele, Dietram A.; Shah, Dhavan V.: Personality Strength and Social Capital: The Dispositional and Informational Variables in the Production of Civic Participation. – S. 107 – 131

Molen, Juliette H. Walma van der; Voort, Tom H. A. van der: Children's and Adults' Recall of Television and Print News in Children's and Adult News Formats. – S. 132 – 160

Bello, Richard: Determinants of Equivocation: The Influence of Situational Formality, Interaction Phase, and Ambiguity Tolerance. – S. 161 – 193

Bucy, Erik P.: Emotional and Evaluative Consequences of Inappropriate Leader Displays. – S. 194 – 226

Dimmick, John; Kline, Susan; Stafford, Laura: The Gratification Niches of Personal e-mail and the Telephone: Competition, Displacement, and Complementarity. – S. 227 – 248

Ausgehend von einer Nischentheorie – neue Medien konkurrieren mit alten um die Befriedigung von menschlichen Bedürfnissen, um Zeit und um Werbe-dollars – wird das Verhältnis von E-Mail und Telefon empirisch in zwei Studien untersucht. 48 % der Befragten der einen Studie nutzen danach das Telefon seltener, seit sie Zugang zu E-Mail haben. Es zeigt sich aber auch, dass Telefon und E-Mail sich deutlich unterscheiden: Während man beim E-Mail schneller Gratifikationen erhält, wird das Telefon für breitere Bedürfnisse eingesetzt.

### Communication Theory

#### Jg 10 (2000) Nr 1

Rawlins, William K.: Teaching as a mode of friendship. – S. 5 – 26

Bell, Elizabeth; Golombisky, Kim; Hirschmann, Krista: To all the girls I've loved before: Academic love letters on mentoring, power, and desire. – S. 27 – 47

Jackson II, Ronald L.: So real illusions of black

intellectualism: Exploring race, roles, and gender in the academy. – S. 48 – 63

Rowe, Aimee M. Carillo: Locating feminism's subject: The paradox of white femininity and the struggle to forge feminist alliances. – S. 64 – 80

Papa, Michael J.; Singhal, Arvind; Papa, Wendy H.: Organizing for social change through cooperative action: The (dis-) empowering dimensions of women's Communication. – S. 90 – 123

### Jg 10 (2000) Nr 2

Greene, John O.: Evanescent Mentation: An Ameliorative Conceptual Foundation for Research and Theory on Message Production. – S. 139 – 155

Berger, Charles R.: Goal Detection and Efficiency: Neglected Aspects of Message Production. – S. 156 – 166

Dillard, James Price; Solomon, Denise Haunani: Conceptualizing Context in Message-Production Research. – S. 167 – 175

Meyer, Janet R.: Cognitive Models of Message Production: Unanswered Questions. – S. 176 – 187

Marshall, Linda J.: Toward a Life-Span Perspective on the Study of Message Production. – S. 188 – 199

Nussbaum, Jon F.; Baringer, Doreen K.: Message Production Across the Life Span: Communication and Aging. – S. 200 – 209

Wilson, Steven R.: Developing Planning Perspectives to Explain Parent-Child Interaction Patterns in Physically Abusive Families. – S. 210 – 220

Burleson, Brant B.; Planalp, Sally: Producing Emotion(al) Messages. – S. 221 – 250

### Communications

#### Jg 25 (2000) Nr 1

Roe, Keith: Socio-economic Status and Children's Television Use. – S. 3 – 19

Cottle, Simon: New(s) Times: Towards a „Second Wave“ of News Ethnography. – S. 19 – 41

Oegema, Dirk; Kleinnijenhuis, Jan: Personalization in Political Television News: A

13-Wave Survey Study to Assess Effects of Texts and Footage. – S. 43 – 60

Bourdon, Jérôme: A History of European Television News: From Television to Journalism, and Back?. – S. 61 – 84

### **Computer und Recht**

#### **Jg 16 (2000) Nr 2**

von Westphalen, Friedrich: Der Software-Entwicklungsvertrag: Vertragstyp – Risikobegrenzung. – S. 73 – 80

Lensdorf, Lars: Aspekte der Software-Hinterlegung. – S. 80 – 88

Gramlich, Ludwig: Versteigerung von Telekommunikations-Lizenzen und -Frequenzen aus verfassungs- und EG-rechtlicher Perspektive. – S. 101 – 106

Imhof, Ralf: One-to-One-Marketing im Internet: Das TDDSG als Marketinghindernis. – S. 110 – 116

Ermer, Dieter, J.: Systemdatenschutz und Chipkarte. – S. 126 – 131

#### **Jg 16 (2000) Nr 3**

Hoeren, Thomas; Schuhmacher, Dirk: Verwendungsbeschränkungen im Softwarevertrag: Überlegungen zum Umfang des Benutzungsrechts für Standardsoftware. – S. 137 – 146

Mayen, Thomas: Einstweilige Anordnungen der RegTP als Sonderfall des vorläufigen Verwaltungsaktes. – S. 155 – 168

Riehmer, Klaus; Hessler, Christina: Rahmenbedingungen und Ausgestaltung von Provider-Verträgen. – S. 170 – 176

Nöcker, Gregor: Urkunden und EDI-Dokumente. – S. 176 – 182

#### **Jg 16 (2000) Nr 4**

Lejeune, Mathias: UCITA – Vertragsrecht für „geistiges Eigentum“ im E-Commerce-Zeitalter. – S. 201 – 205

Zahrnt, Christoph: Abschlusszwang und Laufzeit beim Softwarepflegevertrag. – S. 205 – 207

Bartosch, Andreas: Europäische Regulierung transeuropäischer Kommunikationssysteme: Innovationsansätze und -hindernisse. – S. 215 – 220

Schuppert, Stefan: Web-Hosting-Verträge. – S. 227 – 234

Bettinger, Torsten: ICANN's Uniform Domain Name Dispute Resolution Policy: Neue außergerichtliche Konfliktlösungsverfahren im Kampf gegen missbräuchliche Domainregistrierungen. – S. 234 – 239

Ernst, Stefan: Rechtliche Zulässigkeit von Preisnachlässen an virtuelle Kaufgemeinschaften im Internet: Zugleich Anmerkung zu OLG Hamburg CR 2000, 182. – S. 239 – 243

Köhntopp, Marit; Köhntopp, Kristian: Datenspuren im Internet. – S. 248 – 257

#### **Jg 16 (2000) Nr 5**

Lejeune, Mathias: UCITA – Recht der Informationsverträge. – S. 265 – 273

Koch, Frank A.: Urheber- und kartellrechtliche Aspekte der Nutzung von Open-Source-Software (I). – S. 273 – 281

Hummel, Konrad: Die vorläufige Entgeltgenehmigung beim besonderen Netzzugang. – S. 291 – 298

Ernst, Stefan: Die Online-Versteigerung. – S. 304 – 312

Sandl, Ulrich: Wirtschaftspolitische Bedeutung digitaler Signaturen: Die etwas andere „Kryptodiskussion“. – S. 319 – 324

### **Computer und Recht international**

#### **Jg 1 (2000) Nr 1**

Gordon, Mark L.: Licensing Content on the Internet. – S. 2 – 11

Gaster, Jens L.: Der Erfahrungsbericht zur EG-Computerprogramm-Richtlinie. – S. 11 – 16

Müller, Bernhard: Künftige EG-Richtlinie über Patentierbarkeit von Computerprogrammen. – S. 17 – 18

#### **Jg 1 (2000) Nr 2**

Rubin, Harry: Jurisdictional Risk Management in Cyberspace. – S. 33 – 37

Gaster, Jens-L.: Zwei Jahre Sui-generis-Recht: Europäischer Datenbankschutz in der Praxis der EG-Mitgliedstaaten. – S. 38 – 50

Vogel, Rupert: Mannequins und Webpräsenz-Provider: Deliktische Haftung von Service-Providern im französischen Recht. – S. 50 – 53

**Convergence****Jg 6 (2000) Nr 1**

Hayward, Philip: Cultural Tectonics. – S. 39 – 47

Grusin, Richard: Location, Location, Location: Desktop Real Estate and the Cultural Economy of the World Wide Web. – S. 48 – 62

Bolter, Jay David: Remediation and the Desire for Immediacy. – S. 62 – 71

Morrison, David E.; Svennevig, Michael: A Monkey Looking at a Watch: Cultural Practice, Technology and Understanding Social Process. – S. 72 – 83

Garrison, Bruce: Diffusion of a New Technology: On-line Research in Newspaper Newsrooms. – S. 84 – 105

Kanemitsu, Yoko: Stereoscopy and Pre-Raphaelism: The Pre-Raphaelites and Ruskin in the New Media Age. – S. 106 – 120

**Cultural studies****Jg 14 (2000) Nr 1**

Dubois, Laurent: La république métissée: citizenship, colonialism, and the borders of french history. – S. 15 – 34

Mason, Carol: Crackes babies and the partial birth of a notion: Millennialism and fetal citizenship. – S. 35 – 60

Rimke, Heidi Marie: Governing citizens through self-help literature. – S. 61 – 78

Shapiro, Michael J.: National times and other times: Re-thinking citizenship. – S. 79 – 98

**Jg 14 (2000) Nr 2**

Stivale, Charles J.: „Becoming-Cajun“. – S. 147 – 176

Massumi, Brian: Too blue: colour-patch for an expanded empiricism. – S. 177 – 226

Seigworth, Gregory J.: Banality for cultural studies. – S. 227 – 268

Bogard, William: Smoothing machines and the constitution of society. – S. 269 – 294

Wise, J. Macgregor: Home: Territory and identity. – S. 295 – 310

Madison, D. Soyini: Oedipus rex at Eve's Bayou or the little black girl who left Sigmund Freud in the swamp. – S. 311 – 340

Giroux, Henry A.: Public pedagogy as cultural

politics: Stuart Hall and the „crisis“ of culture. – S. 341 – 360

**European Journal of Communication****Jg 15 (2000) Nr 1**

Miller, David; Dinan, William: The Rise of the PR Industry in Britain, 1979 – 1998. – S. 5 – 35

Schweiger, Wolfgang: Media Credibility – Experience or Image?: A Survey on the Credibility of the World Wide Web in Germany in Comparison to Other Media. – S. 37 – 59

Dicks, Bella: Encoding and Decoding the People: Circuits of Communication at a Local Heritage Museum. – S. 61 – 78

van der Rijt, Gerrit A. J.; d'Haenens, Leen S. J.; Jansen, Ronald H. A.: Young People and Music Television in the Netherlands. – S. 79 – 91

Lemish, Defna; Barzel, Inbal: „Four Mothers“: The Womb in the Public Sphere. – S. 147 – 169

Phillips, Louise: Mediated Communication and the Privatization of Public Problems: Discourse on Ecological Risks and Political Action. – S. 171 – 207

Der Artikel greift die Diskussion im Umfeld der „Individualisierungsthese“ auf, wonach es zu einer „Demokratisierung von Verantwortlichkeit“ komme, indem Individuen sich wie prototypisch mit Blick auf Umweltrisiken persönlich für die Lösung von allgemeinen Problemen verantwortlich fühlen. Dabei wird die Rolle von Massenmedien für die Schaffung und Verbreitung eines entsprechenden Risikowissens betont. Untersucht wird der Umweltdiskurs von sechs Paaren. Es lassen sich Diskursformen erkennen, die den Akteuren helfen, die medienvermittelte Wahrnehmung von Umweltrisiken und die Last der wahrgenommenen individuellen Verantwortung zu bewältigen: Das Selbstverständnis, verantwortliches Subjekt zu sein, wird mit der Konsumentenrolle sowie der Selbstwahrnehmung, in Alltagszwänge verstrickt zu sein, verwoben. Dabei ist das Verantwortungsbewusstsein dadurch geschwächt, dass es in einem Diskurs bestimmt wird, der politisches Handeln jenseits einer begrenzten passiven politischen Teilhabe als Wähler in eine Welt jenseits des eigenen Alltags hineinlegt, zu der die Akteure nur vermittels der Massenmedien als Beobachter Zugang haben.

Esser, Frank; Reinemann, Carsten; Fan, David: Spin Doctoring in British and German Election Campaigns: How the Press is Beeing Confronted with a New Quality of Political PR. – S. 209 – 239

Der Artikel beschreibt die Ursprünge und die unterschiedliche Bedeutung des „Spin Doctoring“ in den beiden Ländern. Er beschreibt medienbezogene (Strategieerläuterung, Kritik der politischen Konkurrenten, exklusives Briefing) und nicht medienbezogene Aktivitäten (Strategieberatung, öffentliche Auftritte, Meinungsumfragen u. a.) der „Spin Doctors“ und er-

läutert deren Bedeutung in den beiden divergierenden nationalen Kontexten. Folgende Ziele des „Spin Doctoring“ werden erläutert: Zentralisierung der politischen Kommunikation, schnelles Zurückschlagen, Perfektionierung der Medienbeobachtung, professionelle Sammlung in der Kampagne verwertbarer Informationen, Einwirkung auf Journalisten durch Beschwerden und Kritik. Der Artikel diskutiert die halb antagonistische, halb symbiotische Beziehung zwischen Journalisten und „Spin Doctors“. Eine vergleichende Inhaltsanalyse der Berichterstattung in führenden Tageszeitungen zeigt erhebliche Unterschiede im Umgang der Journalisten mit dem Phänomen. Die Aktivität der „Spin Doctors“ wird in der britischen Presse wesentlich extensiver und kritisch thematisiert. Die Autoren führen das darauf zurück, dass diese Form der strategischen Einwirkung auf die Presse sich in Deutschland gerade erst herausbildet und dass zudem deutsche Journalisten noch weniger interessiert an der Binnenperspektive der Wahlkampagnenstrategien sind.

Gabel, David; Rosenbaum, David I.: Who's Taking Whom: Some Comments and Evidence on the Constitutionality of TELRIC. – S. 239 – 271

Der Aufsatz befasst sich mit der Frage, inwieweit eine Preiskontrolle im Bereich der Telekommunikation auf der Grundlage von „Total Element Long Run Incremental Costs (TELRIC) zur Grundlage der Preisregulierung durch die FCC gemacht werden kann. Hintergrund ist die Kritik vor allem lokaler Carrier an der Preisregulierung, die die FCC auf der Grundlage des Telecommunications Act von 1996 implementiert. Der Beitrag untersucht anhand anderer Entscheidungen des Supreme Courts zu Preisregulierungen, inwieweit eine Orientierung der Preisregulierung an TELRIC gegen verfassungsrechtliche Grundsätze verstoßen kann.

### Federal Communications Law Journal Jg 52 (2000) Nr 2

Levine, Justine: A History and Analysis of the Federal Communications Commission's Response to Radio Broadcast Hoaxes. – S. 273 – 320

Der Aufsatz geht der Frage nach, welche rechtlichen Grundsätze für täuschende Sendungen im Rundfunk gelten. Er analysiert die Entscheidungspolitik der FCC im Spannungsfeld zwischen dem Schutz der Rezipienten auf der einen und dem Interesse an innovativen Programmformaten auf der anderen Seite. Schließlich wird die aktuelle Rechtslage ausführlich geschildert.

Mandy, David M.: Progress and Regress on interLATA Competition. – S. 321 – 379

Die Preise für Long-distance-Telekommunikationsverbindungen in den Vereinigten Staaten werden von vielen als überhöht angesehen. Der Telecommunications Act von 1996 hatte Wettbewerbsrestriktionen für die Bell Operation Companies (BOCs) auch in diesem Bereich gelockert. Der Beitrag stellt dar, inwiefern sich dies in der Lizenzierungspolitik der FCC niederschlägt. Dabei werden einige der von der FCC

angewandten Entscheidungskriterien als problematisch kritisiert.

Rowe, Bob: Strategies to Promote Advanced Telecommunications Capabilities. – S. 381 – 409

Section 706 des Telecommunications Act von 1996 fordert die FCC und die einzelstaatlichen Public Utility Commissions (PUCs) auf, daraufhin zu wirken, dass der Zugang aller Amerikaner zu Advances Telecommunications Capabilities verbessert wird. Der Beitrag setzt sich mit der Frage auseinander, welche Dienste davon erfasst werden, welche Zugangshürden derzeit bestehen und wie sie in Zusammenarbeit zwischen Bundesinstanzen und föderalen Organisationen beseitigt werden können. Der Beitrag kommt zu dem Schluss, dass der Zugang zu Advanced Telecommunication Capabilities komplexer erscheint, als auf den ersten Blick zu vermuten, dass diese Komplexität die Chancen aber eher erhöht, das Problem in dem Regulierungsnetzwerk von FCC und PUCs abzarbeiten.

Fan, Boading Hsieh: When Channel Surfers Flip to the Web: Copyright Liability for Internet Broadcasting. – S. 619 – 646

Ausgangspunkt der Untersuchung ist die Beobachtung, dass „Webcasting“ mittlerweile die Übertragung von Videosignalen in hoher Qualität ermöglicht. Davon ausgehend untersucht der Beitrag die Frage, inwieweit die Copyright-Regeln für Zweitausstrahlungen im Fernsehen auf Internet-TV anwendbar sind bzw. darauf ausgedehnt werden sollten. Im Hinblick auf Pay-per-view-Abrufe im Netz spricht sich der Beitrag für ein reines Verhandlungsmodell ohne „Zwangslizenzen“ aus.

### Jg 52 (2000) Nr 3

Friedman, Jonathan A.; Buono, Francis M.: Limiting Tort Liability for Online Third-Party Content Under Section 230 of the Communication Act. – S. 647 – 665

Section 230 des Communications Act legt fest, dass Online-Service-Provider nicht für Material von Dritten haften, das über sie zugänglich ist. Der Beitrag setzt sich mit aktueller Rechtsprechung auseinander, die diese Haftungsbeschränkung über „defamation“ hinaus auf andere Tatbestände erstreckt. Nach Auffassung der Autoren haben die Gerichte die Haftungsbeschränkung grundsätzlich zutreffend ausgelegt und dabei auch keine Situation geschaffen, bei der es für Online-Service-Provider entgegen dem Gesetzeszweck sinnvoll wäre, selbst keine Inhaltskontrolle vorzunehmen.

Biggerstaff, Robert R.; Miller, Hillary B.: Application of the Telephone Consumer Protection Act to Intrastate Telemarketing Calls and Faxes. – S. 667 – 686

Youm, Kyu Ho: Editorial Rights of Public Broadcasting Stations vs. Access for Minor Political Candidates to Television Debates. – S. 687 – 725

**Grimme****Jg 23 (2000) Nr 1**

Dem deutschen Volk den Spiegel vorhalten. – S. 6 – 10

Zander, Holger: Vorteil der frühen Geburt. – S. 16 – 19

Hanemann, Peter: Bisher nur mit Ratten. – S. 22 – 23

**Jg 23 (2000) Nr 2**

Schümchen, Andreas: Das einzige Medium, das Emotionen durch bewegte Bilder erzeugen kann. – S. 8 – 10

Gangloff, Tilmann P.: Fernsehen mit der Lupe. – S. 14 – 16

Balzer, Andreas: Der mediale Flaneur. – S. 22 – 23

Lambernd, Jochen: Sind wir nicht alle ein bisschen Bluna?. – S. 28 – 29

Fernsehwerbung in Deutschland. – S. 32 – 35

Gangloff, Tilmann P.: Werbung ist geil. – S. 36 – 38

Breuer, Axel: Schwierige Zeiten. – S. 40 – 41

**Human Communication Research****Jg 26 (2000) Nr 2**

Monahan, Jennifer L.; Lannutti, Pamela J.: Alcohol as Social Lubricant: Alcohol Myopia Theory, Social Self-Esteem, and Social Interaction. – S. 175 – 202

Afifi, Walid A.; Burgoon, Judee K.: The Impact of Violations on Uncertainty and the Consequences for Attractiveness. – S. 203 – 233

Goldsmith, Daena J.; MacGeorge, Erina L.: The Impact of Politeness and Relationship on Perceived Quality of Advice: About a Problem. – S. 234 – 263

Ellis, Kathleen: Perceives Teacher Confirmation: The Development and Validation of an Instrument and Two Studies of the Relationship to Cognitive and Affective Learning. – S. 264 – 291

Pollock, Timothy G.; Whitbred, Robert C.; Contractor, Noshir: Social Information Processing and Job Characteristics: A Simultaneous Test of Two Theories With Implications for Job Satisfaction. – S. 292 – 330

**Journal of Communication****Jg 50 (2000) Nr 1**

King, Cynthia M.: Effects of Humorous Heroes and Villains in Violent Action Films. – S. 5 – 24

Anhand unterschiedlich produzierter Filmversionen wurde die Rolle von witzelnden Bemerkungen für die Wahrnehmung von Gewalt in Actionfilmen untersucht. Bei weiblichen Zuschauern wurde das Gefühl der Bedrängnis aufgrund der Filmrezeption durch witzelnde Actionhelden noch erhöht; dagegen fielen die Stressreaktionen auf nachfolgende dargestellte reale, nicht humorvoll umrahmte Gewalt weniger stark aus. Für männliche Zuschauer waren die Ergebnisse umgekehrt.

Peiser, Wolfram; Peter, Jochen: Third-Person Perception of Television-Viewing Behavior. – S. 25 – 45

Konzeptionell und empirisch ist der „Third Person Effect“ auf Effekte der Massenkommunikation beschränkt. Er besagt, dass Menschen dazu neigen, andere für durch die Medien beeinflussbarer zu halten als sich selbst, und das eigene Handeln auf diese Unterstellung einzustellen. Die Studie weitet die Fragestellung aus. Anhand einer Befragung lässt sich feststellen: Menschen neigen auch dazu, anderen eher nicht wünschenswerte Fernsehnutzungsweisen zuzuschreiben; das gilt umso mehr, wenn diese anderen als nur wenig gebildet gelten.

Lang, Annie: The Limited Capacity Model of Mediated Message Processing. – S. 46 – 70

Wyatt, Robert O.; Katz, Elihu; Kim, Joochan: Bridging the Spheres: Political and Personal Conversation in Public and Private Spaces. – S. 71 – 92

Der Beitrag untersucht die politische Alltagskommunikation. Eine Befragung ermittelt, inwieweit sich amerikanische Bürger frei fühlen über neun verschiedene Themen (Kriminalität, Erziehung, Familie, Wirtschaft, Sport, Regierung, Religion, Ausland) zu Hause, am Arbeitsplatz, in Organisationen oder sonst wo zu sprechen. Über die meisten Themen wird zu Hause und am Arbeitsplatz geredet, was den Eindruck hinterlasse, das „elektronische Heim“ sei mit der öffentlichen Sphäre verkabelt. Politische Kommunikation korreliert mit der Qualität von Meinungen und mit politischer Partizipation. Sie erscheint den Autoren daher als lebendiges Moment demokratischer Praxis, ungeachtet der Bedeutung, die normative Theorien dem Argumentieren und der formalen Wohlhabgenheit geben.

Huang, Li-Ning: Examining Candidate Information Search Processes: The Impact of Processing Goals and Sophistication. – S. 93 – 114

Domke, David: Strategic Elites, the Press, and Race Relations. – S. 115 – 140

**Journal of Communication Inquiry**

**Jg 24 (2000) Nr 1**

Bishop, Ronald: Good Afternoon, Good Evening, and Good Night: The Truman Show as Media Criticism. – S. 6 – 18

„Der Einfluss der Medien auf unser Leben ist in den letzten fünf Jahren ein beliebter Stoff für Kinofilme und Fernsehsendungen geworden. Ausgehend von Annahmen aus dem Kontext der Cultural Studies geht der Artikel der Faszination nach, die die Produzenten veranlasst, Filme über die Rolle der Medien zu drehen. Beispiel für die Analyse ist der vielbeachtete Film ‚The Truman Show‘, dem von Kritikern und Kinopublikum bescheinigt wurde, einen kritischen Blick auf die Macht der Medien geworfen zu haben. Der Verfasser kommt jedoch zu dem Ergebnis, dass die Produzenten dieses Lob nicht verdient haben. In seiner Argumentation dienen Filme wie ‚The Truman Show‘ als Mittel, unseren Wunsch und unser Interesse an genuiner Medienkritik auszubeuten und letztlich zu zerstören, mit dem Ergebnis, dass die Macht der Medien eher gestützt als in Frage gestellt wird. Im Sinne des Hegemonie-Konzepts von Antonio Gramsci machen sich diese Filme unsere Verzauberung (und Entzauberung) durch die Medien zu Eigen und verkaufen sie an uns zurück.“

Wahl-Jorgensen, Karin; Galperin, Hernan: Discourse Ethics and the Regulation of Media: The Case of the U.S. Newspaper. – S. 19 – 40

„Der Artikel versucht Habermas‘ Arbeiten zur Diskursethik zur Analyse der Regulierung der US-amerikanischen Medien, insbesondere der Zeitungen fruchtbar zu machen. Zwei Theoriefacetten stehen im Vordergrund: Die Unterscheidung zwischen System und Lebenswelt wird herangezogen, um den Bedarf von Freiräumen für den demokratischen Diskurs zu verdeutlichen; und der Gedanke der idealen Sprechsituation wird als Instrument zur Kritik ausgearbeitet. Vor diesem Hintergrund werden die Konzepte und Praktiken analysiert, die den amerikanischen Zeitungsmarkt prägen, wobei die besondere Aufmerksamkeit dem Verhältnis zwischen Markt-Metaphern und den Bedingungen für freie Meinungsäußerung gilt. Abschließend wird analysiert, inwieweit die Möglichkeiten zur öffentlichen Meinungsbildung durch die folgenden Konsequenzen der Marktorientierung der amerikanischen Zeitungen beeinflusst werden: die zentrale Rolle der Werbeeinnahmen; die Konzentration auf dem Zeitungsmarkt; und die Professionalisierung des Journalismus.“

Coleman, Renita: The Ethical Context for Public Journalism: As an Ethical Foundation for Public Journalism, Communitarian Philosophy Provides Principles for Practitioners to Apply to Real-World Problems. – S. 41 – 66

Ganesh, Shiv: Mediating the Imagination: Corporate Involvement in the Production of Centralized Subjectivity. – S. 67 – 86

„Der Artikel befasst sich mit der Rolle der Imagination als kollektive Erscheinung in der heutigen globalisierten Welt. Die These, dass moderne Subjektivität, wie sie sich über Konsumprozesse in einer globalisier-

ten Kulturindustrie entwickelt, mit einer Ausweitung kollektiver Imagination einhergeht, bedarf danach der Differenzierung. Der Autor analysiert, wie geschlechts-, religions- und nationalismusbezogene Themen in einer elektronischen Diskussionsgruppe behandelt werden. Daraus folgert er, dass die unter kapitalistischen Vorzeichen erfolgende Ausweitung kollektiver Imagination unauflöslich mit einer Zentralisierung von Subjektivität verbunden ist und dass diese Zentralisierung nicht ohne Verweis auf institutionelle Interessen diskutiert werden kann.“

Myles, John F.: Carnival Radio: Soca-Calypso Music and Afro-Caribbean Voice in a Restricted Service License Station in Manchester. – S. 87 – 112

**Jg 24 (2000) Nr 2**

Avraham, Eli; Wolfsfeld, Gadi; Aburaiya, Isaam: Dynamics in the News Coverage of Minorities: The Case of the Arab Citizens of Israel. – S. 117 – 133

„In bisherigen Untersuchungen ist die Medienberichterstattungen über Minoritäten oft als ein überwiegend statischer Prozess betrachtet worden, in dem Journalisten kontinuierlich die gleichen Nachrichten produzieren. In diesem Artikel wird ein dynamischerer Ansatz vorgeschlagen, der zu erklären versucht, wie sich die Berichterstattung über die Zeit und in Abhängigkeit von konkreten Rahmenbedingungen verändert. Dabei werden zwei Veränderungsquellen berücksichtigt, die die Art der Berichterstattung über Minoritäten beeinflussen können: kurzfristige Veränderungen der gesellschaftspolitischen Lage sowie Veränderungen der redaktionellen Strategien und Leitlinien. Die dazu durchgeführte Fallstudie bezieht sich auf Araber in Israel. Die Befunde verweisen auf zwei Faktoren, die einen Einfluss auf die extrem negative Darstellung dieser Minorität in den israelischen Medien hatten. Der erste besteht in politischen Veränderungen im Wahljahr 1992, in dem die Rabin-Regierung auf die Unterstützung der arabischen Parteien angewiesen war. Der zweite war verbunden mit der politischen Linie einer Qualitätszeitung, die in dieser Zeit alternative Strukturen und Routinen für die kontinuierliche Darstellung der arabischen Minderheit entwickelte.“

Darling-Wolf, Fabienne: Texts in Context: Intertextuality, Hybridity, and the Negotiation of Cultural Identity in Japan. – S. 134 – 155

„Auf der Basis einer achtmonatigen Feldforschung in einem ländlichen Gebiet Südjapans und in der Stadt Kyoto untersucht der Artikel, wie westliche Texte im Kontext der japanischen Populärkultur angepasst, angeeignet und interpretiert werden. Zunächst wird theoretisch das Konzept des westlichen kulturellen Einflusses rekonstruiert – von Diskursen des kulturellen Imperialismus zu neueren Interpretationen von hybriden und kontinuierlichem Wandel unterworfenen Kulturen – und seine spezifische Bedeutung für die japanische Kultur diskutiert. Es folgt der Versuch, westliche Texte und westliche Vorstellungen in dem japanischen kulturellen Kontext zu verorten, in den sie hineinexportiert und -konsumiert werden.“



Goss, Brian Michael: *Spectacular Recuperation*: Alex Cox's Sid & Nancy. – S. 156 – 176

Hoerschelmann, Olaf: *Beyond the Tailfin: Education and the Politics of Knowledge on Big Money Quiz Shows*. – S. 177 – 194

„Der Artikel untersucht die kulturellen Formationen, aus denen sich in den 50er Jahren die amerikanischen ‚Big money quiz shows‘ entwickelt haben. Unter Bezug auf Bourdieus Feldbegriff werden drei Bereiche analysiert, in denen in dieser Zeit Fragen des Wissens und der Bildung thematisiert wurden: 1) die öffentlichen Bildungsdebatten in den USA zur Zeit des Kalten Krieges; 2) die auf die Produktion von Wissen und Bildung ausgerichteten Strategien der Fernsehnetzwerke; 3) die konkreten Quiz Shows und ihre Rezeption durch das Publikum. Der Autor argumentiert, dass die spezifischen sozialen und kulturellen Bedingungen der USA der 50er Jahre, insbesondere die Diskussionen um Bildung und den Bedarf nach aufklärenden Fernsehprogrammen zur Produktion von Programmformaten führten, welche ein traditionelles Verständnis von Autorität, eine selektiv bekräftigte Elitekultur sowie eine enge Definition nationaler Identität unter Führung der weißen oberen Mittelklasse unterstützten.“

Kluver, Randy: *Comic Effects: Postcolonial Political Mythologies in The World of Lily Wong*. – S. 195 – 215

Padva, Gilad: *Priscilla Fights Back: The Politicization of Camp Subculture*. – S. 216 – 243

### **Journal of Media Economics** Jg 13 (2000) Nr 1

Ford, George S.; Jackson, John D.: *Preserving Free Television?: Some Empirical Evidence on the Efficacy of Must-Carry*. – S. 1 – 14

Nye, William W.: *Some Economic Issues in Licensing of Music Performance Rights: Controversies in Recent ASCAP-BMI Litigation*. – S. 15 – 25

Young, David P. T.: *Modeling Media Markets: How Important is Market Structure?*. – S. 27 – 44

Litman, Barry R.; Shrikhande, Seema; Ahn, Hoekyun: *A Portfolio Theory Approach to Network Program Selection*. – S. 57 – 79

### **Jg 13 (2000) Nr 2**

Gershon, Richard R.: *The Transnational Media Corporation: Environmental Scanning and Strategy Formulation*. – S. 81 – 101

Demers, David; Merskin, Debra: *Corporate News Structure and the Managerial Revolution*. – S. 103 – 121

Geisler, Rainer: *Management Control in German Television: Delivering Numbers for Management Decision*. – S. 123 – 142

Auf der Basis einer Befragung, an der 26 Veranstalter teilgenommen haben, skizziert der Beitrag die Rolle des Controlling im deutschen Fernsehen. Die Rolle der Controller wandelt sich bei den erfolgreichsten Veranstaltern vom rückblickenden Rechnungswesen zur internen Beratung. Die öffentlich-rechtlichen Anstalten werden zunehmend wettbewerbsorientiert, setzen dafür moderne Managementinstrumente ein. Bei den kommerziellen Veranstaltern ist die Budgetierung und Evaluation von Eigenwerbung und PR ein wichtiger Erfolgsfaktor.

### **Journalism & Mass Communication Quarterly** Jg 76 (1999) Nr 4

Becker, Lee B.; Lauf, Edmund; Lowrey, Wilson: *Differential Employment Rates in the Journalism and Mass Communication Labor Force Based on Gender, Race, and Ethnicity: Exploring the Impact of Affirmative Action*. – S. 631 – 645

Dominick, Joseph R.: *Who do you think you are?: Personal Home Pages and Self-Presentation on the World Wide Web*. – S. 646 – 658

Mit einer eigenen Präsentation im World Wide Web können Internet-Nutzer auch als Kommunikatoren zur Massenkommunikation beitragen. Die untersuchten persönlichen Homepages enthalten typischerweise knappe Hinweise zur Biografie und ein Foto der Person, eine E-Mail-Adresse und einige Links zu anderen Angeboten und Feedback-Funktionen wie z. B. ein Gästebuch. Die am häufigsten verwendete Präsentationsstrategie war auf Liebenswürdigkeit ausgerichtet.

Farnall, Olan; Smith, Kim A.: *Reactions to People with Disabilities: Personal Contact versus Viewing of Specific Media Portrayals*. – S. 659 – 672

Streitmatter, Rodger: *The Nativist Press: Demonizing the American Immigrant*. – S. 673 – 683

Hoerrner, Keisha L.: *Symbolic Politics: Congressional Interest in Television Violence from 1950 to 1996*. – S. 684 – 698

Lester-Roushanzamir, Elli P.; Raman, Usha: *The Global Village in Atlanta: A Textual Analysis of Olympic News Coverage for Children in the Atlanta Journal-Constitution*. – S. 699 – 712

Phillips, Barbara J.; Gyoerick, Barbara: *The Cow, the Cook, and the Quaker: Fifty Years of Spokes-Character Advertising*. – S. 713 – 728

Shaver, Mary Alice; Lacy, Stephen: The Impact of Intermedia and Newspaper Competition on Advertising Linage in Daily Newspapers. – S. 729 – 744

Dress, Abby: Running Out of Time: An Analysis of Shutting Down New York Newsday by Times Mirror. – S. 745 – 755

Voakes, Paul S.: Civic Duties: Newspaper Journalists Views on Public Journalism. – S. 756 – 774

### **Kommunikation & Recht** **Jg 3 (2000) Nr 3**

Blaurock, Uwe; Münch, Fred: Elektronisches Geld und Stored Value Card. – S. 97 – 109

„Die ökonomische Bedeutung bargeldähnlicher Zahlungsmittel im Internet liegt auf der Hand: Noch nie war es so einfach, Waren aller Art aus aller Welt zu bestellen. Das Geschäft im Internet blüht schon jetzt und verspricht künftig hohe Wachstumsraten (E-Commerce). Der virtuelle Marktplatz Internet leidet jedoch an Asymmetrie: Während elektronisch fast alles angeboten wird, müssen Zahlungen immer noch umständlich auf konventionellem Wege abgewickelt werden. Neuartige Lösungsansätze bieten hier das eCash-/DigiCash-System und kartenbasierte Systeme wie Mondex, die GeldKarte oder die VisaCash Card. Nachfolgend unterzieht der Beitrag diese Zahlungsalternativen einer umfassenden Untersuchung und berücksichtigt dabei als Vergleichsmaßstab insbesondere auch die US-amerikanische Rechtslage als Grundlage des Mondex-Systems.“

Piepenbrock, Hermann-Josef; Müller, Ulf: Interconnection-Regime 2000: Entscheidungen der Regulierungsbehörde zum IC-Vertragsentwurf der Deutschen Telekom AG. – S. 110 – 116

„Die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post (RegTP) hat am 30. 12. 1999 in mehreren Anordnungsverfahren zu der zukünftigen Ausgestaltung des Interconnection-Regimes in Deutschland Stellung genommen. Der folgende Beitrag erläutert die Entscheidungen der Regulierungsbehörde (BK 4) zum IC-Vertragsentwurf der Deutschen Telekom AG.“ Dabei setzt sich der Beitrag insbesondere mit der Migrationspflicht, dem Schutz der Netzintegrität, Regelungen zur Leistungserbringung und Qualität sowie der Nutzung von ICAs und Kollokationsräumen auseinander. Schließlich behandelt er die Kündigungsregelungen und Regelungen über die von den Vertragsparteien zu erbringenden Mindestverkehrsmengen.

Rußmann, Helmut; Reich, Thomas: Internet als gewerbeordnungsfreier Raum?: Im Blickpunkt: Anwendung gewerberechtlicher Vorschriften auf „Online-Auktionen“. – S. 116 – 119

„Stögmüller untersucht in K&R 1999, 391 die rechtliche Einordnung von Auktionen im Internet anhand

des Urteils vom LG Hamburg zu ‚ricardo.de‘. Er kommt in seinem Beitrag zu dem Ergebnis, dass für Internetauktionen die gewerberechtlichen Vorschriften zu Versteigerungen nicht zur Anwendung kommen sollten, die zivilrechtlichen Regelungen jedoch durchaus einschlägig seien. Dieser Beitrag nimmt die Einschätzungen Stögmüllers kritisch unter die Lupe und plädiert für die Beachtung der Gewerbeordnung bei Online-Auktionen.“ In dem Beitrag geht es insbesondere um das Verhältnis der in § 4 TDG festgeschriebenen Genehmigungsfreiheit von Telediensten zu den allgemeinen Vorschriften des Gewerbeordnungsrechts.

Libertus, Michael: Medienrechtliche Einordnung von BusinessTV-Diensten. – S. 119 – 125

„Bis Mitte 1999 gab es in Deutschland 20 Business-TV-Programme. Schätzungen gehen davon aus, daß die Aufwendungen für diese Dienste, die 1998 noch bei 72 Mio. DM lagen, bereits in diesem Jahr die 200 Mio. DM-Marke überschreiten werden. Business-Television ist mittlerweile zu einem Sammelbegriff für die Nutzung multimedialer Technologie in der internen und externen Kommunikation geworden. In den Programmen des Business-TV geht es derzeit im wesentlichen um die Präsentation von Produkten, um Schulungs- oder Weiterbildungsmaßnahmen sowie um die Information über firmeninterne und unternehmenspolitische Einrichtungen. Mitarbeiter, Vertrags-händler oder Partner sollen schnell, gleichzeitig und ohne hinderliche Informationshierarchie in Kenntnis gesetzt werden. Der Beitrag untersucht die verschiedenen Erscheinungsformen des Business-TV und geht der Frage nach, ob sie medienrechtlich als Rundfunk-, Medien- oder Teledienst zu klassifizieren sind.“ Vorangestellt wird zunächst eine Vorstellung der allgemeinen Kriterien des verfassungsrechtlichen und einfachgesetzlichen Rundfunkbegriffes sowie der Anwendungsbereiche des MDStV und des TDG. Im Folgenden werden verschiedene Formen des Business-TV wie Internes Firmenfernsehen, Business-TV als Fenster eines herkömmlichen Fernsehprogramms sowie als Kundenfernsehen, Zielgruppen-TV-Programm für sich auf ihre Zuordnung untersucht.

### **Jg 3 (2000) Nr 4**

Koenig, Christian; Loetz, Sascha: Fakturierung und Einziehung von TK-Entgelten nach der Inkasso-Entscheidung der RegTP – eine Kritik. – S. 153 – 161

„Mit der Entscheidung vom 21. 2. 2000 hat die Beschlusskammer 3 der RegTP das Ansinnen der Deutschen Telekom AG, die Fakturierungsdienstleistungen für Verbindungsnetzbetreiber einzuschränken und zukünftig keine Inkassodienstleistungen mehr für Call-by-Call-Entgelte Dritter anzubieten, teilweise zurückgewiesen. Aus der Perspektive der Behörde stellt sich die Entscheidung als Maßnahme zur Erhaltung und Förderung des Wettbewerbs im offenen Call-by-Call dar.“ Die Verfasser setzen sich kritisch mit der Entscheidung der RegTP anhand der einschlägigen Vorschriften des TKG (§ 33) und der TKV (§ 14 f.) auseinander. Ihrer Ansicht nach wurde eine Chance vertan, einen weiteren Dienstleistungsbereich für den Wettbewerb zu öffnen.

Vesting, Thomas: Fortbestand des Dualen Systems? – S. 161 – 170

„Bei diesem Beitrag handelt es sich um die überarbeitete Fassung eines Vortrags, den der Verfasser am 7.10.1999 auf dem vierten Medienworkshop der Landesregierung Schleswig-Holsteins in Kiel gehalten hat. Der Workshop stand unter dem Motto: „Dualer Rundfunk Allianzen und Innovationen.“ Der Verfasser illustriert anhand von zwei Fallstudien, dass sich die Ordnung des Rundfunks mit seiner Vielzahl von Programmtypen, Programmformen sowie Randnutzungen im Online-Bereich und mit all dem, was zur Produktion, Distribution und Vermarktung der Inhalte und Zusatzangebote gehört, nicht mit dem Begriff des „Dualen Systems“ erfassen lasse. Dies bedeutet nicht, dass das duale „System“ nicht fortbestehen könne, allerdings dürfe ebenso wenig der Blick auf die Komplexität der Relationen einer dynamischen Wettbewerbsordnung verstellt werden. Beispiellhaft erläutert der Autor eine notwendige Neuorientierung anhand des digitalen Fernsehen (insbesondere der Regulierung von Set-Top-Boxen) sowie der Produktion und Distribution von Premium-Spielfilmen). Abschließend stellt er die künftigen Perspektiven der Medienregulierung vor: Dabei handelt es sich u. a. um die Regulierung von Technologieentwicklungen, der Programmproduktion, Beobachtung von Programmrechtmärkten sowie um die Fragen organisatorischer Umsetzung (Stichwort: Bundeseinheitliche Regulierungsbehörde) und der kompensatorischen Funktion des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Ladeur, Karl-Heinz: Rundfunkaufsicht im Multimedia-Zeitalter zwischen Ordnungsrecht und regulierter Selbstregulierung. – S. 171 – 180

„Die Rundfunkaufsicht in der Bundesrepublik steht gerade in jüngster Zeit wieder in der Kritik. Besonders die Zersplitterung der Kompetenzen die Verteilung auf 15 Landesmedienanstalten ist Gegenstand einer neuen Kontroverse geworden. Der Beitrag stellt im folgenden Überlegungen zu den grundsätzlichen Grenzen der öffentlichen Aufsicht über private Rundfunkunternehmen an, die durch die Dynamik der Rundfunkentwicklung selbst, insbesondere durch die Konvergenz von Massen- und Individualkommunikation sowie Rundfunk und Telekommunikation, unter Druck geraten und einem tiefgreifenden kulturellen Wandel ausgesetzt werden. In einem ersten Schritt wird zunächst die normative Konzeption der Rundfunkaufsicht analysiert. Im Anschluß daran soll die Praxis der Aufsicht aus theoretischer Perspektive einer kritischen Betrachtung unterzogen werden, um abschließend einen Vorschlag zur Ergänzung der Rundfunkaufsicht durch eine Kombination von Selbst- und Fremdregulierung zu unterbreiten.“

Schließ, Markus: Übertragung von „.com“-Domains an deutsche Unternehmen. – S. 180 – 185

„Ein Internetauftritt wird für Unternehmen immer wichtiger. Nicht nur die Präsentation, auch Geschäftsabwicklung und -abwicklung via Internet nehmen eine ständig wachsende Stellung ein. Dabei kommt der Wahl eines einprägsamen, kurzen und dem Firmennamen möglichst gleichlautenden oder phonetisch verwandten Domainnamens entscheidende Bedeutung zu, da nur mit einem markanten Namen anzunehmen ist, dass die mühsam gestaltete Webseite auch ange-

messen wahrgenommen wird. Gerade größere Unternehmen sind dabei auch auf eine „.com“-Domain, den in gewerblicher Hinsicht interessantesten Bereich der Top Level Domains, angewiesen. Doch was kann man unternehmen, wenn der avisierte Name bereits belegt ist? Eine gerichtliche Verfolgung eventuell vorhandener Markenrechte gestaltet sich angesichts der weltweiten Verbreitung der „.com“-Domains oftmals schwierig. Dieser Beitrag versucht einen anderen Weg zur gewünschten Domain aufzuzeigen und stellt eine vertragliche Regelung zwischen dem Domaininhaber und dem Interessenten vor. Praxisnah werden die zu beachtenden Formalien Schritt für Schritt vorgestellt und Vor- und Nachteile aufgezeigt. Abgerundet wird der Beitrag von zwei Vertragsentwürfen.“

Jg 3 (2000) Nr 5

Sosnitzka, Olaf: Gattungsbegriffe als Domain-Namen im Internet. – S. 209 – 216

„Im Mittelpunkt der Diskussion um Internet-Domains standen bisher kennzeichnungs-, insbesondere markenrechtliche Fragestellungen. Spätestens seit der mitwohnzentrale.de-Entscheidung des OLG Hamburg rücken zusätzlich wettbewerbsrechtliche Aspekte in den Blickpunkt. Der Beitrag untersucht die wettbewerbsrechtlichen Rahmenbedingungen für die Verwendung beschreibender Internet-Adressen und plädiert für ein funktionales Verständnis, das die Benutzung von Gattungsbegriffen nicht von vornherein ausschließt.“

Schmittmann, Michael; Busemann, Jan Rudolf: Regulierung der letzten Meile. – S. 217 – 225

„Mehr als zwei Jahre nach Beendigung des Telefondienst-Monopols besteht Anlass, das TKG als ein Gesetz zu bezeichnen, das sich in groben Zügen bewährt hat. Die vom Gesetzgeber hinterlassenen Regelungslücken und Fehleinschätzungen sind beachtlich gering. Konvergenz der Medien, Multimedia-Anwendungen, neue Formen des Rundfunks nach dem neuen Staatsvertrag und Internet setzen eine funktionierende Telekommunikations-Infrastruktur mit enormen Übermittlungskapazitäten voraus. Diese entstehen gerade erst.“

Gundermann, Lukas: E-Commerce trotz oder durch Datenschutz? – S. 225 – 235

„E-Commerce ist der Markt der Zukunft. Während das B2B-Geschäft bereits boomt, steckt der Bereich Business to Customer noch in den Kinderschuhen. Der Beitrag zeigt auf, warum effektiver Datenschutz im Internet die Durchsetzung des elektronischen Geschäftsverkehrs in Deutschland ermöglicht und einen Wettbewerbsvorteil gegenüber den USA schafft.“

Herchenbach, Judith: Datenschutz und digitale Signatur. – S. 235 – 238

„Deutschland ist bei der Digitalen Signatur weit vorn, sagt die Autorin. Denn: Die Infrastruktur für die Umstellung von geschriebenem hin zu elektronischem Medium ist geschaffen. Der den neuen Medien innewohnenden Datenschutzproblematik stehen eine progressive Kodifizierung eines Rechtsrahmens für brauchbare und angemessene sichere Signaturverfahren sowie die flächendeckende Ermöglichung von Kryptographie gegenüber.“

Haupt, Stefan: Der Copyright-Vermerk – unverzichtbar?. – S. 239 – 241

„Werke im Sinn des Urhebergesetzes (UrhG) werden häufig mit einem Copyright-Vermerk versehen. Es stellt sich die Frage, ob diese Praxis auch zukünftig sinnvoll ist, da Urheberrechtsschutz in Deutschland wie auch in den Verbandsstaaten der Berner Übereinkunft (RBÜ) formfrei gewährt wird. In Bezug auf die Formfreiheit ist zu berücksichtigen, dass die Werk-Rezeption über das World Wide Web unabhängig von jeder Ländergrenze möglich ist. Im Mittelpunkt dieses Beitrags steht ein Blick in die USA und auf das dortige System des Urheberrechtsschutzes.“

### Jg 3 (2000) Nr 6

Weisser, Ralf; Lübbert, Tobias: Must-carry im Breitbandkabel. – S. 274 – 282

„Die Zukunft der breitbandigen Kommunikation kann beginnen. In technischer Hinsicht wird die Kapazität des Breitbandkabel-(BK-)Netzes durch die vollständige Umstellung auf die digitale Übertragung der Fernsehsignale noch in diesem Jahrzehnt und durch den Ausbau des Netzes erheblich erweitert. Die Möglichkeit zur interaktiven Kommunikation eröffnet sich mit Einrichtung eines Rückkanals. Wirtschaftlich entscheidend ist die Regionalisierung des BK-Netzes der Deutschen Telekom AG (DTAG) und der (leider nur teilweise und zögerliche) Verkauf dieser Regionalnetze an Investoren. Dies dient der Schaffung von Wettbewerb auf der Netzinfrastrukturebene und dem zukünftigen Angebot einer Vielzahl von neuen Diensten über das BK-Netz.“ Die Autoren stellen die neuen Regelungen zur Kabelweitverbreitung der § 52 f. RStV vor und unterziehen sie einer kritischen Würdigung. Abschließend werden die Regelungen auf ihre Verfassungs- und Europarechtsmäßigkeit hin überprüft.

Müglich, Andreas; Simon, Martina: Datenaustausch im elektronischen Zahlungsverkehr per UN/EDIFACT. – S. 282 – 288

„Mit der fortschreitenden Internationalisierung der Märkte, der Einführung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion sowie weiterer ökonomischer und auch technologischer Entwicklungen, verschärft sich die Wettbewerbssituation für alle am Handel Beteiligten rapide. Einen wesentlichen Wettbewerbsfaktor stellt dabei die Kommunikationsfähigkeit der Unternehmen dar. Der Einsatz neuer Technologien führt zu revolutionären Veränderungen, die neue Konzepte und strategische Neuorientierungen erfordern. Auch die Banken können sich dieser Entwicklung nicht mehr entziehen und beginnen entsprechende Dienstleistungssegmente zu entwickeln. Eine wachsende Zahl von Unternehmen erwartet mittlerweile von den Banken, daß sie den vollautomatischen elektronischen Zahlungsverkehr unterstützen können. Das setzt einen internationalen und gleichzeitig branchenübergreifenden Kommunikations-Standard voraus. Dieser Standard heißt schon heute UN/EDIFACT. Aufgezeigt werden die Potentiale, die UN/EDIFACT bietet; die rechtlichen Problemfelder, die sich im Zusammenhang mit dem vollautomatischen, elektronischen Zahlungsverkehr stellen, werden angesprochen.“

Viefhues, Martin: RealNames, Networks, Superkeywords: Internet Keywords vs. URLs. – S. 288 – 293

Kindler, Peter: Leistungsschutz für Datenbanken ohne Werkcharakter – eine Zwischenbilanz. – S. 265 – 274

„Zweieinhalb Jahre nach Umsetzung der EG-Datenbank-Richtlinie zum 1.1.1998 soll die Rechtsentwicklung auf diesem Gebiet einer ersten kritischen Betrachtung unterzogen werden. Der vorliegende Beitrag untersucht die bisher zu §§ 87 a ff. UrhG ergangene Rechtsprechung und kommt dabei zu dem Ergebnis, dass das neue Leistungsschutzrecht für Datenbankhersteller seine ersten Bewährungsproben im Wesentlichen bestanden hat.“

### Mass Communication & Society

#### Jg 3 (2000) Nr 1

Ruggiero, Thomas E.: Uses and gratifications theory in the 21st century. – S. 3 – 37

„Einige Kommunikationswissenschaftler haben behauptet, der Uses-and-Gratifications-Ansatz sei keine sozialwissenschaftliche Theorie im strengen Sinne. Der Verfasser argumentiert für das Gegenteil und dafür, dass jeder Versuch der Entwicklung einer Theorie der Massenkommunikation in ernsthafter Weise auch den Uses-and-Gratifications-Ansatz zu berücksichtigen habe. Ein Argument besteht darin, dass das Aufkommen der computervermittelten Kommunikation die Relevanz dieses Ansatzes wieder gestärkt habe – von jeher sei dieser Ansatz in Phasen der Diffusion neuer Medien besonders geeignet gewesen. Obgleich Wissenschaftler gern auf traditionelle Erklärungsansätze zurückgreifen, um neue Fragen zum Umgang mit Medien zu beantworten, sollten sie doch bereit sein, die bisherigen Uses-and-Gratifications-Modelle zu erweitern. Künftige Modelle sollten die Konzepte Interaktivität, Hypertext und Asynchronität beinhalten. Außerdem sollten Forscher offen sein, aus einer stärker holistischen methodischen Perspektive auch interpersonale und qualitative Aspekte vermittelter Kommunikation zu erkunden.“

Viswanath, K.; Arora, Pamela: Ethnic media in the United States: An essay on their role in integration, assimilation, and control. – S. 39 – 56

„Hunderttausende sind in den letzten zwei Jahrzehnten in die USA eingewandert, und für die kommenden Jahre werden eher noch höhere Zahlen erwartet. Die wachsende Präsenz von Mitgliedern ganz unterschiedlicher ethnischer Minderheiten führt zu dem, was einige Beobachter als permanent unfertige amerikanische Gesellschaft genannt haben. Die ethnischen Gruppen sind zunehmend aktiv geworden und haben mit mehr oder minder großem Erfolg Institutionen gegründet, um ihre Ethnizität zu stützen und ihren Übergang in die amerikanische Gesellschaft zu erleichtern. Eine solche Institution mit einer bedeutsamen Rolle für die Assimilation und Integration stellen die ethnischen Massenmedien dar. Der Artikel bietet eine theoretische Analyse der Rolle ethnischer Medien aus einer Perspektive funktionaler Konflikte. Auf der Basis der Literatur zu Immigration, zur Soziologie der Lokalpresse und zu sozialen Konflikten wer-

den die Funktionen ethnischer Medien reflektiert und wie sich diese in deren Nachrichtengebung niederschlagen. Abschließend werden Vorschläge für eine systematischere Erforschung von ethnischen Medien und deren gesellschaftlicher Rolle formuliert, damit die Wissenschaft der Bedeutung dieser Thematik im Rahmen der aktuellen Debatten im Multikulturalität besser gerecht werden kann.“

Paul, Bryant; Salwen, Michael B.; Dupagne, Michael: The third-person-effect: A meta-analysis of the perceptual hypothesis. – S. 57 – 85

„Berichtet werden die Ergebnisse einer Meta-Analyse im Hinblick auf den Third-Person-Effekt. Diese Hypothese sagt vorher, dass Menschen den Einfluss der Medien auf andere Menschen für größer halten als auf sich selbst. 32 veröffentlichte und unveröffentlichte Studien mit 121 einzelnen Effektgrößen wurden einbezogen. Die insgesamt ermittelte Effektgröße zwischen den vermuteten Effekte auf Andere und den Effekten auf sich selbst war  $r = .50$ . Unter den acht berücksichtigten Moderatorvariablen (Quelle, Methode, Stichprobenziehung, Befragte, Land, soziale Erwünschtheit, Medium und Inhalt der Botschaft) führten drei zu signifikanten Variationen der Effekte (Stichprobenziehung, Befragte und Inhalt der Botschaft). Third-Person-Effekte in nicht-zufällig gezogenen und in Studierenden-Stichproben waren größer als in Zufalls-Stichproben und bei Nichtstudierenden. Aus einer theoretischen Perspektive könnten diese Befunde darauf zurückzuführen sein, das studentische Befragte sich für intelligenter halten als andere Menschen. Eine beunruhigendere Erklärung bestünde darin, dass sich Wissenschaftler zu sehr auf studentische Stichproben verlassen.“

Wahl-Jorgensen, Karin: Rebellion and ritual in disciplinary histories of U.S. mass communication study: looking for „the reflexive turn“. – S. 87 – 115

### Media Asia

Jg 27 (2000) Nr 1

Wilson, Tony: Media Convergence: Watching Television, Anticipating Going On-Line. – S. 3 – 9

Boyd-Barrett, Oliver: Doing News Agency Research. – S. 10 – 15

Wah, Lee Chun: Managing Advertising Agency-Client Relationships in Singapore. – S. 17 – 23

Murthy, D. V. R.: Developmental news coverage in the Indian press. – S. 24 – 27 und S. 53

Myagmar, Munkhmandakh: Mongolian mass media in the 90s: on the way to media freedom. – S. 41 – 44

Chimed, Bazar: Survey of freedom of press and media outlets in Mongolia. – S. 44 – 49

### Media, Culture & Society

Jg 22 (2000) Nr 2

Marriott, Stephanie: Election night. – S. 131 – 148

Drotner, Kirsten: Difference and diversity: trends in young Danes' media uses. – S. 149 – 166

Die Autorin zieht ein Resümee vierjähriger Untersuchungen des Verhältnisses von Kindern und Jugendlichen zu den Medien und benennt drei Trends: „innovation in media applications, increased interaction between media types and genres, and a more 'seamless' social integration of media into everyday life“.

Myers, Greg: Entitlement and sincerity in broadcast interviews about Princess Diana. – S. 167 – 185

Blair, Helen; Rainnie, Al: Flexible Films? – S. 187 – 204

Schultz, Tanjev: Mass media and the concept of interactivity: an exploratory study of online forums and reader email. – S. 205 – 221

Der Aufsatz beschäftigt sich auf der Basis der kritischen Theorie mit der Bedeutung interaktiver Mediennutzung im Journalismus und berichtet auch von einer explorativen Untersuchung in dieser Hinsicht bei der New York Times.

Jg 22 (2000) Nr 3

Roscoe, Jane: Documenting the Immigrant Nation: tensions and contradictions in the representation of immigrant communities in a New Zealand television documentary series. – S. 243 – 261

Banerjee, Subhabrata Bobby; Osurie, Goldie: Silences of the media: whitening out Aboriginality in making news and making history. – S. 263 – 284

Fones-Wolf, Elizabeth: Promoting a labor perspective in the American mass media: unions and radio in the CIO era, 1936 – 1956. – S. 285 – 307

Valaskivi, Katja: Being a part of the family?: Genre, gender and production in the Japanese TV drama. – S. 309 – 325

Die Autorin definiert Genre als einen Vertrag zwischen Produzenten und Rezipienten, bei der die Art der Adressierung des Rezipienten im Vordergrund steht. Diese Überlegungen werden unter anderem anhand der Untersuchung einer japanischen Familienserie entwickelt und diskutiert.

Falicov, Tamara L.: Argentina's blockbuster movies and the politics of culture under neoliberalism, 1989 – 98. – S. 327 – 342

**Media Lex**  
(2000) Nr 1

Vuille, Pierre: La musique sur Internet: Une histoire sans fin. – S. 3 – 4

Müller, Jörg Paul; Looser, Martin: Zum Verhältnis von Meinungs- und Wirtschaftsfreiheit im Verfassungsrecht des Bundes und in der EMRK. – S. 13 – 23

(2000) Nr 2

Cononica, Simon: Tücken der neuen Kaskadenhaftung. – S. 63 – 64

Riehl, Frédéric: Le numérique terrestre a-t-il un avenir en Suisse? – S. 65 – 66

Sidler, Oliver: Neue europäische Rechtsordnung im Telekommunikations-Bereich. – S. 69 – 70

Weber, Rolf H.: Geldentschädigung als Rechtsfolge von Persönlichkeitsverletzungen? – S. 75 – 87

Walter, Jean-Philippe: La Protection des données dans le cyberspace. – S. 88 – 96

**Media Perspektiven**  
(2000) Nr 2

Dubrau, Claudia; Oehmichen, Ekkehardt; Simon, Erk: Kultur in Hörfunk und Fernsehen: Angebot und Publikumpotentiale. – S. 50 – 57

Die ARD hat 1999 in einer Studie, über die in diesem Heft in zwei Teilen berichtet wird, die kulturellen Leistungen des öffentlich-rechtlichen Hörfunks und Fernsehens analysiert und auch mit den Angeboten kommerzieller Veranstalter verglichen. In diesem Beitrag werden die kulturellen Angebote der Radio- und Fernsehprogramme nach Umfang und Genres sowie deren Nutzerpotenziale dargestellt.

Dubrau, Claudia; Oehmichen, Ekkehardt; Simon, Erk: Kultur in Hörfunk und Fernsehen: Publikumsinteressen, Senderimages und -bewertungen. – S. 58 – 70

In diesem zweiten Teil der ARD-Kulturstudie 1999 geht es um die Publikumspräferenzen für bestimmte Kulturangebote in den elektronischen Medien und um die Frage, wie die Nutzer diese Angebote und die Kompetenz der Sender in Bezug auf Kultur einschätzen. Ferner wurde gefragt, wie nach unterschiedlichen Lebensstilen charakterisierte Nutzertypen mit den Kulturangeboten umgehen.

Krüger, Udo Michael: Qualitätsanspruch bei 3sat und Arte: Struktur und Inhalte der öffentlich-rechtlichen Kulturprogramme. – S. 71 – 84

Die beiden öffentlich-rechtlichen Kulturprogramme 3sat und Arte eint ein Programmauftrag mit hohem

Qualitätsanspruch und nationale Grenzen übergreifender europäischer Orientierung. Die hier vorgestellte Programmanalyse ... zeigt die Programmprofile 1999 beider Programme und ihre Entwicklung in den 90er Jahren auf.

Tebert, Miriam: Erfolg durch Qualität: Programmcontrolling beim WDR Fernsehen. – S. 85 – 93

Das Programmcontrolling WDR Fernsehen ermittelt Programmqualität in erster Linie durch Zuschauerbefragungen, wobei zwischen einem inneren Monitoring und einem externen Monitoring unterschieden wird.

Neuberger, Christoph: Massenmedien im Internet 1999: Angebote, Strategien, neue Informationsmärkte. – S. 102 – 109

(2000) Nr 3

Zimmer, Jochen: Interaktives Fernsehen – Durchbruch via Internet? Entwicklungsstand und Perspektiven interaktiver Fernsehanswendungen in Deutschland. – S. 110 – 126

Stipp, Horst: Nutzung alter und neuer Medien in den USA: Neue Erkenntnisse über die Wechselwirkung zwischen Online- und Fernsehkonsum. – S. 127 – 134

Gleich, Uli: Werbewirkung im Internet. – S. 135 – 142

(2000) Nr 4

Darschin, Wolfgang; Kayser, Susanne: Tendenzen im Zuschauerverhalten: Fernsehgewohnheiten und Programmbewertungen 1999. – S. 146 – 158

Feierabend, Sabine; Simon, Erk: Was Kinder sehen: Eine Analyse der Fernsehnutzung 1999 von Drei- bis 13-Jährigen. – S. 159 – 170

Blödorn, Sascha; Klingler, Walter; Gerhards, Maria: Fernsehen im neuen Jahrtausend: Bestandsaufnahme auf der Basis aktueller Studien. – S. 171 – 180

Turecek, Oliver; Grajczyk, Andreas; Roters, Gunnar: Digitale Konkurrenz für das Medium Video?: Videonutzung und Videomarkt 1999. – S. 181 – 189

(2000) Nr 5

Buß, Michael; Gumbel, Harald: Theoriegeleitete Evaluation im öffentlich-rechtlichen Rundfunk: Ein Konzept zur Qualitätsbewertung von Rundfunkangeboten. – S. 194 – 200

Blumers, Marianne: Qualitätskontrolle im SWR: Ein theoretisches Modell auf dem Weg in den Redaktionsalltag. – S. 201 – 206

Metzger, Jan; Oehmichen, Ekkehardt: Qualitätssteuerung im hessischen Fernsehen: Strategie, Verfahren und erste Erfahrungen. – S. 207 – 212

Ridder, Christa-Maria: Paradigmenwechsel im Jugendmedienschutz?: Anmerkungen zur Neuordnung der Jugendschutzbestimmungen im 4. Rundfunkänderungsstaatsvertrag. – S. 213 – 224

## Media Psychology

### Jg 2 (2000) Nr 1

Pfau, Michael; Holbert, R. Lance; Zubric, Stephen J.: Role and Influence of Communication Modality in the Process of Resistance to Persuasion. – S. 1 – 33

McIntosh, William D.; Schwegler, Andria F.; Terry-Murray, Rebecca: Threat and Television Viewing in the United States, 1960 – 1990. – S. 35 – 46

Kirsh, Steven J.; Olczak, Paul V.: Violent Comic Books and Perceptions of Ambiguous Provocation Situations. – S. 47 – 62

Fisch, Shalom M.: A Capacity Model of Children's Comprehension of Educational Content on Television. – S. 63 – 91

### Jg 2 (2000) Nr 2

Gunter, Barrie; Furnham, Adrian; Griffiths, Sarah: Children's Memory for News: A Comparison of Three Presentation Media. – S. 93 – 118

„Die Studie vergleicht das Gedächtnis von Kindern für inhaltsreiche Nachrichten als audiovisuelle, als nur auditive und als Text-Version. Während für Erwachsene widersprüchliche Befunde hinsichtlich der Wirkung des Mediums vorliegen, weisen Untersuchungen mit Kindern konsistent in die Richtung, dass audiovisuelle Nachrichten zu besseren Behaltensleistungen führen als Printversionen. In Erweiterung zu bisherigen Studien überprüft das vorliegende Experiment den Einfluss zweier intervenierender Variablen: der Lesefertigkeit und der Erwartung eines Gedächtnistests. 166 10- und 11-jährigen Kindern wurde eine Reihe von Nachrichtenbeiträgen aus einer Kinder-Nachrichtensendung vorgeführt, entweder in der Originalversion oder als rein auditive Version oder als gedruckter Text. Bei der Hälfte der Kinder wurde die Erwartung erzeugt, dass auf die Präsentation ein Gedächtnistest folgen werde. Die Ergebnisse für die gestützte Erinnerung sprechen dafür, dass die Kinder bei den Fernsehversionen mehr lernten als bei den beiden anderen Versionen, und zwar unabhängig von der Le-

sefertigkeit. Dieser Vorteil des Fernsehens wurde allerdings nur für solche Informationen gefunden, die von inhaltlich redundanten Bildern begleitet wurden, ein Befund, der die Dual-Coding-Theory stützt.“

Cwalina, Wojciech; Falkowski, Andrzej; Kaid, Lynda Lee: Role of Advertising in Forming the Image of Politicians: Comparative Analysis of Poland, France, and Germany. – S. 119 – 146

„Untersucht wurde der Einfluss politischer Werbung auf die Imagebildung von Politikern und das Wahlverhalten. Relevante Variablen sind dabei die Einstellungen gegenüber den Kandidaten und die Einschätzung ihrer persönlichen Qualitäten. Auf der Grundlage einer kritischen Bestandsaufnahme vorliegender Modelle des Einflusses politischer Werbung wurde ein sequenzielles Modell des Einflusses von Wahlwerbung auf das Wahlverhalten entwickelt. Experimente zur Prüfung des Modells wurden in drei Ländern durchgeführt: in Polen (Präsidentenwahl 1995), Frankreich (Präsidentenwahl 1995) und Deutschland (Bundestagswahl 1994). Die Ergebnisse bestätigen die Annahmen des Modells; es lassen sich drei Typen des Einflusses von Wahlwerbung auf das Wahlverhalten unterscheiden: 1) Verstärkung der bestehenden Wahlvorlieben; 2) Schwächung und Wandel der bestehenden Präferenzen bis hin zu ihrer Umkehr ins Gegenteil; 3) nur geringfügige Veränderungen in den Präferenzen, die von einer Rekonfiguration des Images des betreffenden Politikers begleitet werden. Die Verfasser leiten aus ihren Befunden abschließend eine Hinweise auf Möglichkeiten zur Verbesserung politischer Werbung ab.“

Potter, Robert F.: The Effects of Voice Changes on Orienting and Immediate Cognitive Overload in Radio Listeners. – S. 147 – 177

„Das Experiment untersucht, inwieweit Stimmen- (bzw. Sprecher-)wechsel zu den strukturellen Merkmalen von Hörfunkangeboten gehören, die zu automatischer Allokation kognitiver Ressourcen zur Verarbeitung der Nachricht führen. Die kardiale Orientierungsreaktion wurde als Indikator für diese automatische Ressourcenallokation herangezogen. Die Hypothese lautete, dass Stimmenwechsel zu Orientierungsreaktionen führen und dass die damit verbundene automatische Ressourcenallokation eine kurzfristige kognitive Überforderung nach sich ziehe. Insgesamt 62 Teilnehmern hörten neun Beiträge mit unterschiedlich häufigen Stimmenwechseln. Die Ergebnisse zeigen zum einen klare Orientierungsreaktionen bei Stimmenwechseln. Darüber hinaus zeigen Wiedererkennungslösungen, dass die Orientierungsreaktionen nicht nur mit kurzfristiger kognitiver Überlast einhergehen, sondern dass diese Überlast zudem von der Gesamtzahl der Stimmenwechsel in dem betreffenden Beitrag abhängt.“

Anderson, Daniel R. u. a.: Researching „Blue's Clues“: viewing behavior and impact. – S. 179 – 194

„Blue's Clues ist eine Serie für Vorschulkinder, die das Denk- und Problemlösevermögen fördern soll. Der Beitrag fasst eine Reihe von Studien zusammen, die sich mit dem Einfluss der Serie auf die Fernsehnutzung und die kognitive Entwicklung beschäftigen. Drei Studien über das Rezeptionsverhalten zeigen,

dass Kinder, die etwas von dem Programm lernen wollen, den Sendungen relativ ruhig und sehr konzentriert folgen. Sobald der jeweilige Inhalt verstanden ist, häufen sich die verbalen Äußerungen und die Interaktionen mit dem Programm. Dieser Trend, mit Blue's Clues in Interaktion zu treten, wurde auch auf eine andere Sendung einer anderen Serie übertragen. Eine Langzeitstudie, in der Kinder, die Blue's Clues regelmäßig sehen, mit soziodemographisch vergleichbaren Kindern, die das Programm nicht empfangen können, legte nahe, dass die Sendung einen positiven Einfluss auf die kognitive Entwicklung hatte.“

## Medien und Erziehung Jg 43 (1999) Nr 6

Aufenanger, Stefan: Generationsverhältnisse im Medienzeitalter, S. 339 – 340.

Der Artikel befasst sich mit den veränderten Medienbedingungen, unter denen Kinder und Jugendliche heute aufwachsen. Erstmals gehen Kinder kompetenter mit Medien um als Erwachsene. Letztere sollten die Kompetenzen ihrer Kinder als Chance begreifen. Dies setzt jedoch voraus, dass sie die Leistungen ihrer Kinder akzeptieren und honorieren.

Bulmahn, Edelgard: Bildung für die Zukunft – Die Aufgabe der neuen Medien, S. 341 – 343.

Die Bundesministerin für Bildung und Forschung skizziert in ihrem Beitrag die Chancen der Informations- und Kommunikationstechnologie sowie die auf Bund- und Länderebene geplanten Projekte, die den Weg der neuen Medien in das Bildungssystem ebnen sollen.

Cornelißen, Waltraud: Soziale Erfahrungen und Selbsterfahrungen online, S. 343 – 347.

Hickethier, Knut: Orientierungsvermittlung, Verhaltensmodellierung, Sinnstiftung – Zu den gesellschaftlichen Funktionen der Medien, S. 348 – 351.

Kiss, Miklós/ Heel, Sabine: Weltbilder entstehen durch Lernprozesse, S. 352 – 354.

Meckel, Miriam: Visualisierung im Wandel. Zum Umgang mit Bildern in den Medien, S. 355–358.

Paus-Haase, Ingrid: Persönlichkeitsentwicklung bei Jugendlichen am Beispiel von Talkshows, S. 358 – 361.

Anhand eines Fallbeispiels eines 12-jährigen Mädchens, das Talkshow-Fan ist, beschäftigt sich die Autorin mit dem Beitrag von Daily-Talkshows für die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen.

Stiehler, Hans-Jörg: Medienwelten und Medienräume. Überlegungen zu einer verlorenen Kategorie, S. 362 – 364.

Tulodziecki, Gerhard: Aufwachsen in Medienwelten – Konsequenzen für Lernen und Erziehung, S. 365 – 368.

Der Autor beschäftigt sich vor dem Hintergrund der Chancen und Probleme, die die heutige Medienlandschaft für Lernerfahrungen und Erziehung mit sich bringt, mit der Leitidee eines „sachgerechten, selbstbestimmten, kreativen und sozialverantwortlichen Handelns“. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die Lebenssituation der Jugendlichen, ihre Bedürfnislage, ihr Kenntnis- bzw. Erfahrungsstand und ihr intellektuelles und moralisches Entwicklungsniveau (vgl. S. 366). Davon ausgehend zeigt der Autor anhand konkreter Beispiele Konsequenzen für die Gestaltung von Lernsituationen auf und formuliert fünf verschiedene Aufgabebereiche für die Medienerziehung.

Zacharias, Wolfgang: Auf dem Weg zu neuen Verhältnissen? Medienwelten, Mediengeneration, Mediengebrauch und Lebenswelten, Pädagogik und Bildung, S. 368 – 372.

Zacharias wendet sich gegen kulturkritische und bewahrpädagogische Positionen in Bezug auf Neue Medien: „Die neuen Medienwelten historisch und grundsätzlich als Chancen und nicht als Probleme und Verluste (wovon?) zu begreifen, zu akzeptieren und zu aktivieren, scheint mir der pädagogische Schlüssel im Umgang damit und mit den Kindern und Jugendlichen der „Mediengeneration“ zu sein.“ In Anlehnung an von Hentig schlägt der Autor als (medien-)pädagogisches Ziel „Lebenskompetenz“ vor, die u.a. „Medienkompetenz“ sowie „kulturell-ästhetische Kompetenz“ umfasst.

## Jg 44 (2000) Nr 1

Berghaus, Margot: Steinzeitmenschen Online. Stabilität und Wandel beim Aufwachsen in Medienwelten, S. 7 – 9.

Margot Berghaus widmet sich in fünf Thesen dem Einfluss der neuen Medien auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Stabilität drückt sich im Menschen selbst, in der Steuerung neuer Kommunikationsformen durch die bestehenden sowie in der Bedeutung von Lesen und Schreiben als fundamentale Kulturtechniken aus. Der Wandel zeigt sich nach Ansicht der Autorin einerseits in der veränderten Erwachsenen-Kind-Beziehung und andererseits in der Erweiterung linear strukturierter Angebote durch hypermediale Textstrukturen.

Föckler, Knut: Medienkompetenz und Telelearning: Erfolgsfaktoren in der Wissensgesellschaft, S. 10 – 13.

Der Leiter des Gesprächskreises Multimedia der Deutschen Telekom AG in Bonn beschäftigt sich mit Anforderungen der Wissensgesellschaft und zeigt am Beispiel von Projekten, die von der Telekom unterstützt werden, auf, welche Chancen Telelearning bietet.

Göltzer, Susanne: Die Bedeutung der Schule zwischen Handy und Ferienjob, S. 14 – 16.

Ein Gespräch mit Julian Nida-Rümlin: „Die durch Medien veränderte Kultur ist geistig anregend“, S. 17 – 20.

Schöpf, Christine: Medienkunst formuliert die



Fragen einer Gesellschaft im Wandel, S. 20 – 22.

Seeßlen, Georg: No Future in Digital Reality. Aufwachsen in Medienwelten: Über Zukunftsvorstellungen im Film, S. 22 – 26.

Stollberg, Jürgen: Wie tickt die Jugend 2000? S. 27 – 30.

Nach Ansicht des Autors, Chefredakteur der Jugendzeitschrift BRAVO, findet sich die Antwort auf die im Titel gestellte Frage in der Zeitschrift selbst, stellt sie doch den „Spiegel der Jugend dar“ und „hat die Kids entdeckt“ (S. 27). In seinem Artikel beschreibt er die Folgen der von ihm als „Kidiisierung“ bezeichneten Kommerzialisierung von Jugendkultur anhand von Ergebnissen der Studie „generation BRAVO“ sowie das Geheimnis, dem BRAVO seit über 40 Jahren seinen Erfolg zu verdanken hat.

#### Jg 44 (2000) Nr 2

Schiefele, Hans; Theunert, Helga: Leben mit Medien: Schlaglichter auf 50 Jahre Medienpädagogik und JFF. – S. 75 – 85

Gangloff, Tilmann P.: Geld für dein Leben: Das RTL-2-Experiment „Big Brother“. – S. 110 – 112

#### Jg 44 (2000) Nr 3

Milchert, Jürgen: Zwischen Vision und Wirklichkeit: NEOS – Das Netzwerk europäischer Schulen. – S. 150 – 152

Im Sommer 1999 konstituierte sich das „Netzwerk europäischer Schulen“ (NEOS). Der Verein besteht aus 33 Schulen aus 7 europäischen Ländern, die sich für eine gemeinsame europäische Zukunft einsetzen. Der Beitrag skizziert die Idee dieses Netzwerks sowie einige Probleme, die sich bei der Realisierung auftauchen.

Hönge, Volker: Jugendmedienschutz – eine europäische Diskussion. – S. 163 – 168

Der Autor gibt einen Überblick über die Regelungen im Jugendmedienschutz in verschiedenen europäischen Ländern. Vor dem Hintergrund der zunehmenden europaweiten Vermarktung der Medien und der heterogenen Regelungen formuliert er einen Bedarf an europäischen Richtlinien. Diese sollen nicht der Vereinheitlichung, sondern vielmehr der Annäherung der verschiedenen Regelungen dienen. „Gleiche europaweite Beurteilungen sind nicht zu erwarten und auch nicht wünschenswert. Unterschiedliche kulturelle und religiöse Traditionen sind nicht wegzuwischen, sondern sind einzubinden in einen europäischen Diskurs des Vergleiches.“ (S. 168) Ansatzmöglichkeiten sieht Hönge in der Angleichung der Alterstufen, Empfehlungen für Eltern und im regelmäßigen Austausch zwischen Medienanbietern, staatlichen Kontrollinstanzen, freiwilligen Selbstkontrollenrichtungen, Politikern, Wissenschaftlern, Pädagogen und Eltern.

#### Medien Journal

##### Jg 23 (1999) Nr 4

Fabris, Hans Heinz: Qualitätssicherung in Medienunternehmen und im Mediensystem. – S. 3 – 15

Huber, Christian: Journalistische Infrastrukturen als Teil des Qualitätssicherungs-Netzwerks. – S. 16 – 24

Chmelir, Wolfgang: Wo Qualität direkt spürbar wird: Standards für hochwertigen Lokaljournalismus. – S. 25 – 32

Gartner, Egon: Zehn Jahre Gazeta Wyborcza: Die unheimliche Erfolgsgeschichte einer polnischen Qualitätszeitung. – S. 33 – 36

Wyss, Vinzenz: Infrastrukturen zur Qualitätssicherung im Journalismus der Schweiz: Eine Bewertung aus Praktikerperspektive. – S. 37 – 49

##### Jg 24 (2000) Nr 1

Becker, Jörg: Die Fernsehmärkte Asiens: Ein Überblick. – S. 4 – 9

Das Heft 1/2000 versammelt unter dem Titel „Fernsehen in Asien“ zahlreiche Artikel zur Fernsehlandschaft Asiens, insbes. zu China, Indien, Vietnam und Thailand.

##### Jg 24 (2000) Nr 2

Brosius, Hans-Bernd: Zum Fachverständnis der Kommunikationswissenschaft in Deutschland. – S. 8 – 9

Das Heft 2/2000 versammelt Beiträge zur Disziplin KOMMUNIKATIONSWISSENSCHAFT und deren Entwicklung im deutschsprachigen Raum.

#### medien praktisch

##### Jg 23 (1999) Nr 4

Aufenanger, Stefan: Lernen mit neuen Medien – Was bringt es wirklich? Forschungsergebnisse und Lernphilosophien, S. 4 – 8.

Der Beitrag beschäftigt sich mit der Frage, inwieweit neue Medien Lernprozesse optimieren können. Der Autor stellt verschiedene Strömungen der konstruktivistischen Lernphilosophie vor und veranschaulicht an konkreten Beispielen die veränderte Auffassung von Lernen und das Lernpotenzial der neuen Medien.

Moll, Stefan: Die Alpen. CD-Rom des FWU, S. 8 – 9.

Tulodziecki: Multimediale Angebote – verbessern sie Lernen und Lehren? Lerntheoretische Grundlagen und didaktische Perspektive, S. 10 – 13.

Der Autor beschäftigt sich – ebenso wie Aufenanger – mit den Möglichkeiten neuer Medien aus konstruktivistischer Perspektive. Ausgangspunkt seiner didaktischen Überlegungen stellt die Position von Merrill dar, die als „instruktionales Design der zweiten Generation“ bezeichnet wird und radikale Auffassungen des Konstruktivismus dahingehend erweitert bzw. relativiert, dass geeignete Instruktionen als für die Entwicklung kognitiver Strukturen bzw. mentaler Modelle sinnvoll erachtet werden. Am Beispiel der Lernsoftware Ecopolicy (Vester 1997) illustriert der Autor, auf welche Weise neue Medien didaktisch sinnvoll im Unterricht eingesetzt werden können.

Wagner, Rüdiger: Kulturtechnik Multimedia. Die Technikignoranz der Medienpädagogik und die Notwendigkeit ihrer Neuorientierung, S. 14 – 19.

Dichanz, Horst: Vernetzte Lehr- und Lernwelten. Aufgaben und Perspektiven, S. 20 – 22.

Dichanz skizziert wesentliche Grundprobleme der derzeitigen Medienarbeit in Schulen und zeigt Lösungsansätze auf. Darüber hinaus zeigt er Chancen und Möglichkeiten auf, die sich durch „pädagogische Netzwerke“ für das schulische Lernen bieten.

Stang, Richard: Neue Medien als Herausforderung. Veränderte Perspektiven in der Erwachsenenbildung, S. 23 – 25.

Auch in der Erwachsenenbildung spielen die Neuen Medien eine wichtige Rolle. Der Autor zeigt die veränderten Lernzugänge und Lernarrangements auf sowie die damit verbundenen Konsequenzen für die Institutionen der Erwachsenenbildung und die Rolle der Pädagogen.

Mause, Doris: Konflikte im Netz. Information und Manipulation im Internet am Beispiel des Kosovo-Krieges, S. 26 – 28.

Am Beispiel des Kosovo-Konflikts zeigt die Autorin die Schwierigkeiten auf, die sich im Hinblick auf Authentizität und Verantwortlichkeit netzbasierter Informationen ergeben. Als Voraussetzung für die Entwicklung von Medienkompetenz sieht sie für die pädagogische die Notwendigkeit, sich mit problematischen Internetseiten auseinander zu setzen.

Kloock, Daniela: Spielen, Lernen, Unterhalten. \_HYPERLINK mailto:Edut@in \_Edut@in\_99 in Karlsruhe, S. 29 – 30.

Fritz, Jürgen/Fehr, Wolfgang: Identität durch Spiel. Computerspiele als Lernanreize für die Persönlichkeitsentwicklung, S. 30 – 32.

Computerspiele stellen durch ihre Spielfiguren, den Inhalt und die Leistungsanforderung Möglichkeiten zur Identitätsentwicklung bereit. „Sie bieten Erfolgserlebnisse in Leistungsbereichen und zu Spieleinheiten, die sich die Spieler selbst aussuchen und dessen Schwierigkeitsgrad sie selbst bestimmen können. Sie verstärken damit die Zuversicht der Spieler, sich in der Lebenswelt behaupten und das „Königreich des eigenen Lebens“ errichten zu können.“ (S. 31). Die Autoren veranschaulichen ihre Sichtweise anhand zahlreicher PC-Spiele.

Fachgruppe Schule der GMK: Medien und Informationstechnologien in Schule und Unterricht, S. 33 – 35.

Die Fachgruppe nimmt Stellung zum Thema Medienkompetenz als einen Zielbereich von Schule, der von den Leitideen der Erziehung und Bildung in der Gesellschaft geprägt sein sollte und skizziert konkrete Vorstellungen einer Medienkompetenz in Bezug auf Neue Medien. Überdies werden notwendige Voraussetzungen und Maßnahmen zur Förderung von Medienkompetenz im Hinblick auf Schulentwicklung und Lehreraus- und -weiterbildung dargestellt.

Wermke, Jutta: Medienerziehung. Vermittlung von Schlüsselqualifikationen im Germanistikstudium, S. 36 – 27.

„Statement, vorgetragen am 4. Dezember 1998 anlässlich einer Fachtagung des Deutschen Germanistikverbandes zum Thema „Deutschunterricht und Germanistikstudium: Schlüsselqualifikationen“ an der Universität-Gesamthochschule Wuppertal.“

Schmidt, Hans-Gerd/Kniep, Alla: Medien, Werbung, Neues Lernen. Ansätze eines mediengestützten Konzepts in der Erzieherinnen-ausbildung, S. 37 – 39.

Anhand von sechs Projektbeispielen rund um das Thema Werbung zeigen die Autoren konkrete Möglichkeiten des Einsatzes von medienpädagogischen Projekten in der ErzieherInnen-ausbildung.

## Jg 24 (2000) Nr 1

Aufenanger, Stefan: Medien-Visionen und die Zukunft der Medienpädagogik, S. 4 – 8.

Aufenanger skizziert Merkmale der Wissensgesellschaft und Tendenzen in der Medienentwicklung. Vor diesem Hintergrund sieht er die Aufgabe der Medienpädagogik in der aktiven Beteiligung an der Wissensgesellschaft und in der Einflussnahme auf das Bildungssystem. Er kritisiert sowohl die Haltung der Bewahrpädagogen als auch die der Euphoriker, da beide Sichtweisen auf den Menschen eine Einschränkung bedeute, „die die Chancen der Zukunft nicht nutzen lässt und im Bestehenden verharret.“ (S. 8) Die einzige Möglichkeit der Zukunft sieht er in der anthropologischen Offenheit gegenüber dem Menschen unter Berücksichtigung der Medienbildung.

Faßler, Manfred: Mediale Zukünfte. Auf der Schwelle zu einer neuen Epoche, S. 8 – 12.

Mikos, Lothar: Im Netz der Medien und der Populärkultur. Die Medien-Zukunft zwischen Ausdifferenzierung und Integration, S. 13 – 14.

Der Autor steht den vielfach erwähnten euphorischen Medienentwicklungen (z. B. digitales Fernsehen) und Zukunftsvisionen des 21. Jahrhunderts vergleichsweise skeptisch gegenüber. Er sieht die Aufgaben der Medienpädagogik darin, Medien nicht nur vor dem Hintergrund der Pluralisierung ihrer Inhalte ihres Publikums, sondern vor allem im Verhältnis von Kultur, Ökonomie, Politik und Macht zu reflektieren.

Seeßlen, Georg: Industrielle Magie. Einige Bemerkungen zur Veränderung der „Filmsprache“ durch die Technik, S. 15 – 21.

Vollbrecht, Ralf: Kino digital. Die Zukunft der Filmprojektion, S. 22.

Hollstein, Miriam: Das Leben ein Computerspiel. Zukunftsvisionen im Kino, S. 23 – 26.

Feist, Udo: Milleniumpop fürs Handgepäck. CDs, Bücher, Fernsehserien, S. 27.

Wetzel, Kraft: Krieg der Genüsse. Von Fiction Drogen, Reality-Rebellen und David Cronenbergs Film eXistenZ, S. 28 – 30.

Elling, Elmar: Wie verstehen junge Kinder die Kulturtechnik Fernsehen? Medienkompetenz von Vorschulkindern, S. 31 – 34.

Der Autor befragte 14 Kinder zwischen zwei und sechs Jahren zu ihren Vorstellungen über die Funktionsweise des Fernsehens und ihren Umgang mit Fernsehapparat und Videorekorder. Die Ergebnisse – durch Interviewpassagen veranschaulicht – zeigen, dass die Fertigkeiten der Kinder einerseits vom Alter und andererseits von den familiären Rahmenbedingungen (Zugang zum Fernsehen bzw. Videorekorder) abhängen. Hinsichtlich der Frage nach dem Realitäts-Fiktions-Verständnis der Kinder konstatiert der Autor, dass die befragten Kinder nicht die äußere Wirklichkeit mit der der Bilder verwechseln. Diese durch die Antworten auf den ersten Blick entstehende Eindruck sei vielmehr auf die ungewohnte Interviewsituation, das fremde Thema und auf die kindliche Phantasie zurückzuführen.

## Jg 24 (2000) Nr 2

Wegener, Claudia: Mit Gewalt unterhalten: Fernsehen zwischen Fiktion und Realität. – S. 9 – 12

In dieser Ausgabe von MEDIEN PRAKTISCH finden sich acht weitere Artikel zum Thema GEWALT UND MEDIEN.

## Medienpsychologie

### Jg 12 (2000) Nr 1

Doll, Jörg; Petersen, Lars-Eric; Rudolf, Matthias: Determinanten der Internetnutzung von Gymnasiasten und Studenten: eine Anwendung der Theorie geplanten und rollengesteuerten Verhaltens. – S. 5 – 22

„Die Theorie geplanten und rollengesteuerten Verhaltens wird verwendet, um die Internetnutzung von Gymnasiasten (n = 248) und Studenten (n = 125) zu erklären. In der Theorie geplanten und rollengesteuerten Verhaltens ist die Absicht zur Internetnutzung Funktion dreier personaler Faktoren (Einstellung, Self-Efficacy, Hinderniswahrnehmung) und zweier sozialer Faktoren (subjektive Norm, Rollenidentität). Die Internetnutzung ihrerseits ist Funktion dreier Variablen, der Intention und der internalen (Self-Efficacy) und der externalen Kontrolle (Hinderniswahr-

nehmung). Empirisch wird die Theorie mittels eines linearen Strukturgleichungsmodells getestet, in dem simultan die Parameter eines querschnittlichen Meß- und Strukturmodells geschätzt werden. Der Modellfit ist für die Daten sowohl der Studenten als auch der Gymnasiasten akzeptabel, und es werden hohe Varianzanteile der Internetnutzungsabsicht und der Internetnutzung aufgeklärt, die für die Gymnasiasten bei ca. 50 % und für die Studenten bei ca. 66 % aufgeklärter Varianz liegen. Die Einstellung zum Internet und die Internetnutzung als Teil der Ausbildungsrollenidentität erweisen sich als die beiden bedeutendsten Determinanten der Nutzungsabsicht. Nutzungsabsicht und Self-Efficacy sind wiederum die wichtigsten Determinanten der Internetnutzung. Bedeutsame Ausbildungs- und Geschlechtsunterschiede werden in der Weise gefunden, daß Studenten das Internet intensiver nutzen als Gymnasiasten und Männer stärker als Frauen. Eine Erleichterung des Internetzuganges, eine Verbesserung der Internetnutzungs-kompetenz und die Einbettung der Internetnutzung in die Ausbildungsrolle erscheinen insbesondere für Gymnasiasten vielversprechend, um die Internetnutzung zu intensivieren und zu optimieren.“

Peiser, Wolfram: Politisierung durch das Fernsehen?: Eine Untersuchung zu den Folgen der Diffusion des Fernsehens für die politische Involviertheit der Bevölkerung in Deutschland. – S. 23 – 55

„In diesem Beitrag geht es um die langfristigen Folgen der Einführung des Fernsehens in Deutschland. Empirische Daten deuten darauf hin, dass das Fernsehen das politische Interesse der Bevölkerung nachhaltig erhöht hat. Begründet wird dies unter anderem damit, dass Politik in diesem Medium anschaulicher dargestellt wird und damit für sonst eher politikferne Bevölkerungskreise besser zugänglich ist. In der vorliegenden Untersuchung wurde auf der Basis von Umfragedaten von 1970 und 1974 die Entwicklung der politischen Involviertheit für zwei Indikatoren (politisches Interesse und Gespräche über Politik) mit Hilfe eines kohortenanalytischen Zwei-Ebenen-Modells analysiert. Die Befunde stützen die Vermutung einer langfristigen Wirkung des Fernsehens: Mit der Anschaffung eines Fernsehgerätes erhöhten sich in den betreffenden Bevölkerungskohorten das Interesse an Politik und die Häufigkeit politischer Unterhaltungen deutlich, dauerhaft und statistisch signifikant. Die Implikationen dieses Zusammenhangs für die Demokratie und die politische Kultur sind ambivalent.“

Fischer, Kirsten; Thußbas, Claudia: Die Wirkung humoristisch-episodischer Elemente in der Fernsehwerbung auf Erinnerungsleistung und Markenbewertung: Eine experimentelle Studie. – S. 51 – 68

„Kognitive Humortheorien, deren Wirkmechanismen mit dem Schemansatz und den Involvementtheorien spezifiziert wurden, führten zu den Hypothesen, dass besonders lustig unterhaltsame (humoristisch-episodische) Elemente in Werbespots die Erinnerung an die Marke und die Markenbewertung begünstigen. In einem Experiment mit 72 Probanden wurden drei Spotarten verglichen: a) Spots mit humoristisch-episodischen, b) Spots mit episodischen und c) Spots mit rein informativen Elementen. Ausgehend von den humo-

ristisch-episodischen Originalspots wurden per Videoschnitt die beiden anderen Spotarten erstellt. Als abhängige Variablen wurden Wiedergabe- und Wiedererinnerungsleistungen zu Markennamen und -emblem, sowie die Markenbewertung mit Gefallens- und Qualitätseinschätzungen erhoben. Die Ergebnisse bestätigen die Hypothesen. Die humoristisch-episodische Spotart begünstigte die Erinnerung und Markenbewertung jeweils am stärksten.“

## Message

### Jg 2 (2000) Nr 2

Russ-Mohl, Stephan: Scheinheilige Aufklärer. – S. 10 – 17

Weidmann, Klaus: Enthüllung als Politshow. – S. 18 – 22

Wegner, Jochen: Die unbeschriebene Regeltafel: Online-Journalismus. – S. 44 – 47

Manske, Michael: Die Maschen enger machen. – S. 52 – 55

Hickethier, Knut: Geschichten aus 1001 Nachricht. – S. 70 – 74

An den Artikel des Autors schließt ein Text von Sabine Laerum an, der die Vorstellung Hickethiers von Nachrichten als Erzählung angreift („Kein Stoff für Erzählungen“, Message 2/2000, S. 75 – 79)

## Multimedia und Recht

### Jg 3 (2000) Nr 1

Hoeren, Thomas: Urheberrecht 2000: Thesen für eine Reform des Urheberrechts. – S. 3 – 7

„Das Urheberrecht steht im Jahr 2000 vor dem Scheideweg. Soll es wie bisher die Interessen der großen Rechteinhaber bedienen oder einer großen Reform zu Gunsten der Kreativen unterworfen werden? Lässt sich das Urheberrecht über alle Differenzen zwischen Copyright und Droit d'auteur europaweit harmonisieren oder wird es weiterhin Gegenstand nationalstaatlicher Partikularinteressen bleiben? ‚Same procedure as every year‘ oder Aufbruch in eine neue Urheberrechtskultur abseits der traditionellen Kreise? Im Weiteren sollen denkbare Zukunftsperspektiven des Urheberrechts anhand einiger Thesen skizziert werden.“

Mügglich, Andreas: Neue Formvorschriften für den e-commerce: Zur Umsetzung der EU-Signaturrichtlinie in deutsches Recht. – S. 7 – 13

„In den letzten Jahren sind mehrere Anläufe und Bemühungen zur Reform der Formvorschriften des BGB ergebnislos verlaufen. Dabei ist unstreitig, dass die Bestimmungen des BGB nicht in der Lage sind, den Bedürfnissen moderner Geschäftsabläufe gerecht zu werden. Gerade im Hinblick auf den zunehmenden Einsatz moderner Kommunikationsumgebungen ist der Reformbedarf zu einem dringenden Bedürfnis der beteiligten Wirtschaftskreise geworden. Seitdem deutlich geworden ist, dass die in Arbeit befindliche EU-Signaturrichtlinie (RLeS) nicht aufzuhalten ist, be-

wegt sich nunmehr auch der deutsche Gesetzgeber. Eine ganze Reihe von Mitgliedstaaten der EU hat bereits Regelungsvorschläge entwickelt bzw. entsprechende gesetzliche Bestimmungen verabschiedet. Angesichts dieser Ausgangslage stellt sich die Frage, ob die vorgeschlagenen Änderungen zu den erhofften Verbesserungen der Rahmenbedingungen für den E-Commerce führen werden. In diesem Beitrag werden die wesentlichen vorgeschlagenen Änderungen die Schriftform betreffend einer kritischen Überprüfung unterzogen.“

Leier, Barbara: Haftung der Zertifizierungsstellen nach dem SigG: Betrachtung der geltenden und Überlegungen zur künftigen Rechtslage. – S. 13 – 17

„Der Beitrag beschäftigt sich mit der Haftung von signaturgesetzkonformen Zertifizierungsstellen. Der Schwerpunkt der Untersuchung liegt auf der Haftung gegenüber Dritten, die auf die Richtigkeit des Zertifikats und die Gültigkeit der Signatur vertraut haben. Die Verfasserin kommt zu dem Ergebnis, dass eine Haftung nach den Grundsätzen des Vertrags mit Schutzwirkung zu Gunsten Dritter in Betracht kommt; hingegen wird ein Anspruch aus § 823 Abs. 2 BGB i. V. m. den Vorschriften des Signaturgesetzes (SigG) verneint. Aus Gründen der Rechtssicherheit und wegen europarechtlicher Vorgaben sollte eine spezialgesetzliche Haftungsnorm in das SigG eingefügt werden.“

Spindler, Gerald: Internationales Verbraucherschutzrecht im Internet: Auswirkungen der geplanten neuen Verordnung des Rates über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen. – S. 18 – 25

„Das internationale Vertragsrecht, insbesondere der internationale Verbraucherschutz, kann sich als ein Schlüsselfaktor für die Entwicklung des E-Commerce erweisen. Umso bedeutsamer ist das Vorhaben der EU, das Europäische Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommen (EuGVÜ) im Rahmen einer europäischen Verordnung zu novellieren und in diesem Rahmen die internationale Zuständigkeit für Verbraucherstreitigkeiten neu zu regeln, vor allem im Hinblick auf Internet-Angebote. Der Beitrag unterzieht die zum alten EuGVÜ entwickelten Auffassungen einer kritischen Prüfung und beschäftigt sich mit den Auswirkungen der geplanten Neuregelung.“

Schuster, Fabian; Müller, Ulf: Rechtliche Grundlagen und Praxis der Frequenzzuteilung durch die Reg TP. – S. 26 – 33

„Im August letzten Jahres hat die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post (Reg TP) mit Entscheidung durch die Präsidentenkammer das Verfahren für die Vergabe von Frequenzen für die Funkanbindung von Teilnehmeranschlüssen (wll-mpm-Richtfunk) vorerst beendet (vgl. ABl. Reg TP 1999, S. 2624 ff.). Vor allem Durchführung und Ergebnis dieses Verfahrens sollen in diesem Aufsatz beleuchtet werden. Allerdings stehen in nächster Zeit auch andere Frequenzzuteilungsverfahren an. Bereits eröffnet ist das Verfahren für Frequenzvergabe für T-DAB zur Übertragung von digitalisierten Hörfunkprogrammen (Vfg. 23/1999, ABl. Reg TP 1999, S. 731 ff.; Vfg.

119/1999, ABl. Reg TP 1999, S. 2731), das Vergabeverfahren für UMTS (Vfg. 51/1999, ABl. Reg TP 1999, S. 1519) steht vor der Eröffnung. Alle diese Verfahren werden nur dann erfolgreich durchgeführt werden können, wenn die gesetzlichen Grundlagen für die Frequenzuteilung beachtet werden. Nach den bisherigen Erfahrungen (s. dazu Müller/Schuster, MMR 1999, 507 ff.) und den ersten Analysen der Vergabe der *will-Frequenzen* bestehen an der Rechtmäßigkeit einiger Entscheidungen wie auch der *will-Frequenzvergabe* durch die Reg TP erhebliche Zweifel. Dementsprechend hat ein Unternehmen gegen die Vergabe im Ausschreibungsverfahren Klage vor dem VG Köln erhoben. Außer Acht bleiben sollen im Rahmen dieses Aufsatzes die Frequenzen für Rundfunkprogramme und militärische Nutzung (vgl. § 47 Abs. 2 und 3 TKG).“

Beese, Dietrich; Naumann, Dirk: Entbündelter Zugang zu wesentlichen Bestandteilen von TK-Netzen. – S. 33 – 35

„Im September letzten Jahres wurde im Rahmen des 1999 Telecommunication Review in Brüssel der Entwurf einer Studie vorgestellt, die sich unter anderem mit der Frage des Anspruchs auf entbündelten Zugang zu Seekabeln befasste. Eine Kernforderung war, dass die nationalen Regulierungsbehörden den diskriminierungsfreien Zugang zu den Seekabelköpfen, also den landseitigen Schnittstellen mit den nationalen Telekommunikations(TK)-Netzen, sicherstellen sollen. Die Studie und die rege Anteilnahme von Unternehmens- und Behördenvertretern machten deutlich, dass ein großer Bedarf für regulatorische Richtungsvorgaben auf europäischer Ebene besteht. Europaweit gibt es kaum Erfahrungen mit dem diskriminierungsfreien Zugang zu Seekabeln. Der Beitrag skizziert die gegenwärtige regulatorische Situation in Deutschland und wirft einen kritischen Blick auf die Regulierungspraxis bei der Zugangsgewährung zu wesentlichen Teilen von TK-Netzen.“

### Jg 3 (2000) Nr 2

Schack, Haimo: Internationale Urheber-, Marken- und Wettbewerbsverletzungen im Internet: Internationales Privatrecht. – S. 59 – 65

„Die klassische Konzeption des IPR passt schlecht zum Internet, das sich als weltumspannendes Medium einer räumlichen Zuordnung und nationalstaatlichen Regelungsansprüchen weitgehend entzieht. Auch lassen sich die Rechtsgüter, die vor deliktischen Eingriffen im Internet geschützt werden sollen, selbst nur schwer lokalisieren. Trotzdem muss sich das IPR der schwierigen, aber lösbaren Aufgabe stellen, möglichst international konsensfähige Kollisionsregeln für das anwendbare Recht zu finden (§ 24 UWG).“

Mertens, Christoph: Regulatorische Behandlung der Internet-Telefonie. – S. 77 – 82

„Internet-Telefonie konnte bislang vor allem auf Grund qualitativer Probleme noch keine große Verbreitung finden. Für die weitere Entwicklung ist davon auszugehen, dass der technologische Fortschritt die Chancen für die Übertragung von Sprache via Internet in hohem Maße verbessern wird. Auch wenn Marktprognosen noch mit großen Unsicherheiten behaftet sind, so besteht an der wachsenden Bedeutung des Internet für den gesamten Telekommunikati-

ons(TK)-Sektor kaum Zweifel. Indiz hierfür sind insbesondere die forcierten unternehmerischen Aktivitäten im Bereich der Internet-Telefonie. Sollten Übertragungen über TK-Netze oder Internet künftig zunehmend funktionell austauschbar werden, stellt sich auch die Frage hinsichtlich der Behandlung seitens der Regulierungsinstanzen im In- und Ausland. Aufbauend auf einer Darstellung allgemeiner Aspekte des Internet werden technische Merkmale der Internet-Telefonie sowie ihre Entwicklungsperspektiven analysiert. Zielsetzung dieses Aufsatzes ist weniger eine eingehende Diskussion rechtlicher Aspekte der Internet-Telefonie, als vielmehr ihre Betrachtung aus ökonomischer Perspektive. Hierzu zählen insbesondere die Untersuchung des regulatorischen Handlungsbedarfs sowie der Chancen und Risiken regulatorischer Eingriffe.“

Castendyk, Oliver: Ausstrahlung von Teleshoppingssendungen außerhalb von Teleshoppingfenstern. – S. 82 – 87

„Der Beitrag beschäftigt sich mit der Frage, ob nach dem neuen, voraussichtlich am 1.4.2000 in Kraft tretenden Rundfunkstaatsvertrag (RStV) Teleshopping nur noch in Form von entweder Teleshoppingspots oder Teleshoppingfenstern mit einer Dauer von mindestens 15 Minuten gesendet werden darf. Da die in Frage stehende Neuregelung des Teleshopping in den §§ 45 und 45 a RStV n. F. fast wortgleich die entsprechenden Regelungen in der 1997 novellierten EU-Fernsehrichtlinie 97/36/EG (FsRL) umsetzt, konzentriert sich der Beitrag auf die Auslegung der Art. 18 und 18 a FsRL nach dem Wortlaut, Entstehungsgeschichte, Systematik und Gesetzeszweck und ist ein Beispiel für die richtlinienkonforme Auslegung des Rundfunkstaatsvertrags.“

### Jg 3 (2000) Nr 3

Christiansen, Per: Selbstregulierung, regulatorischer Wettbewerb und staatliche Eingriffe im Internet. – S. 123 – 129

„Die zentrale These der Cyber-Kulturbewegung zur Frage der Regulierung des Internet lautet: Das Internet kann und muss sich selbst regulieren; staatliche Regulierungseingriffe sind freiheitseinschränkend und schädlich. Vorliegender Beitrag hält dem entgegen, dass das Internet nur begrenzt zur Selbstregulierung fähig ist und dass unter den Bedingungen eines regulatorischen Wettbewerbs unter den Providern bestimmte staatliche Eingriffe die Freiheit im Internet nicht einschränken, sondern erweitern und sicherstellen.“

Ziem, Claudia: Spamming: Zulässigkeit nach § 1 UWG, Fernabsatzrichtlinie und E-Commerce-Richtlinienentwurf. – S. 129 – 135

„Unerbetene Werbe-E-Mails (Spams) sind nach der h. M. in Rechtsprechung und Literatur eine unzulässige Belästigung i. S. d. § 1 UWG; nur bei vorheriger Zustimmung sind Spams zulässig (Opt-In-Prinzip). Die Fernabsatzrichtlinie (97/7/EG) und der E-Commerce-Richtlinienentwurf (zugrunde gelegt wird die Fassung vom 1.9.1999) setzen hingegen die grundsätzliche Zulässigkeit von Spams voraus; nur bei Ablehnung des Empfängers sollen sie unzulässig sein (Opt-Out-Prinzip). Trotz dieser unterschiedlichen Ansätze

sieht der deutsche Gesetzgeber und mit ihm zahlreiche Stimmen in der Literatur keinen Handlungsbedarf zur Umsetzung der Fernabsatzrichtlinie. Hingegen sind nach hier vertretener Ansicht Umsetzungsmaßnahmen erforderlich. Vor dem Hintergrund des Verbraucherschutzes ist insbesondere die Einrichtung eines Opt-Out-Registers geboten, in dem Verbraucher Spams generell ablehnen können.“

Schack, Haimo: Internationale Urheber-, Marken- und Wettbewerbsverletzungen im Internet: Internationales Zivilprozessrecht. – S. 135 – 140

„Das anwendbare Kollisionsrecht und damit auch das anwendbare Sachrecht hängen von der internationalen Zuständigkeit ab. Hier bieten sich dem kundigen Anwalt angesichts der im Internet typischen Distanz- und Streudelikte vielfältige Möglichkeiten zum forum shopping, d. h. der zweckgerichteten Auswahl zwischen den eröffneten allgemeinen und besonderen Gerichtsständen. Deshalb sind Versuche, den ‚fliegenden‘ Tatortgerichtsstand (Art. 5 Nr. 3 GVÜ, § 32 ZPO, § 24 UWG) auf der Tatbestands- oder der Rechtsfolgenseite einzuschränken, verständlich, im Ergebnis aber erfolglos. Der weltweiten Nutzung von Immaterialgüterrechten im Internet korrespondiert durchaus nicht unbillig die (theoretisch) weltweite Gerichtspflichtigkeit des Beklagten.“

Immenga, Ulrich: Auslegung des Marktbeherrschungsbegriffs im TKG. – S. 141 – 145

„Die sektorspezifische Marktaufsicht nach dem Telekommunikationsgesetz (TKG) enthält gesonderte Regeln für marktbeherrschende Unternehmen. Die Feststellung der Marktbeherrschung erfolgt nach allgemeiner, zutreffender Ansicht entsprechend dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Es ist jedoch zu beachten, dass der Marktbeherrschungsbegriff im GWB je nach Funktionszusammenhang (Missbrauchsaufsicht oder Zusammenschlusskontrolle) unterschiedlich auszulegen ist. Es ist daher zu ermitteln, welche Bedeutung dem Tatbestandsmerkmal der Marktbeherrschung in den einzelnen Regelungen des TKG, insbesondere Entgeltregulierung und Netzzugang, zukommt.“

Beese, Dietrich; Naumann, Dirk: Versteigerungserlöse auf dem TK-Sektor und deren Verwendung: Wettbewerb zwischen Regulierung und Gewinnerzielung. – S. 145 – 150

„Im Sommer diesen Jahres wird mit der Versteigerung der UMTS-Lizenzen die dritte große Versteigerung nach den Regelungen des Telekommunikationsgesetzes (TKG) durchgeführt. Dabei werden Einnahmen von bis zu 5 Milliarden DM erwartet, die nach dem Willen des Gesetzgebers in den allgemeinen Staatshaushalt einfließen. Die Versteigerung als Instrument der Administration knapper Ressourcen durch den Staat wurde speziell für den Telekommunikations(TK)-Sektor geschaffen und ist dem deutschen Wirtschaftsverwaltungsrecht ansonsten fremd. Ob dadurch die gesetzlich normierten Ziele des TKG zu Gunsten der staatlichen Gewinnerzielung vernachlässigt wurden und die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post (Reg TP) bei ihrer Aufgabenerfüllung beeinträchtigt wird, ist Gegenstand dieser Untersuchung.“

Koenig, Christian; Neumann, Andreas: Rechtliches und organisatorisches Umfeld der Satellitenkommunikation. – S. 151 – 159

„Als die Firma Iridium im Sommer 1999 nur wenige Monate nach der Inbetriebnahme ihres globalen Satellitentelefonnetzes einen Antrag nach Kapitel elf des US-Konkurrenzrechts stellen musste, rückte der Bereich der Satellitenkommunikation ins öffentliche Bewusstsein. In den letzten Jahren wurde das Weltall als Operationsgebiet immer gefragter und mit der 66 Satelliten starken Iridium-Raumflotte hat der Boom des Telekommunikations(TK)-Sektors nun im wahrsten Sinne des Wortes außerirdische Dimensionen erreicht. Die Bedeutung der Satellitenkommunikation für die Errichtung der Informationsgesellschaft darf mithin nicht unterschätzt werden, zumal sich im Zeitalter der Globalisierung auch die Anforderungen der Praxis gewandelt haben, sich z. B. mobile Kommunikation großer Beliebtheit erfreut und interkontinentale TK-Verbindungen längst zu etwas Alltäglichem geworden sind. Leider ist jedoch das rechtliche und organisatorische Umfeld, welches die dynamische Entwicklung dieses Markts einerseits mitgestaltet und andererseits von ihr des Öfteren auch überholt wird, alles andere als einfach strukturiert. Hier einen ersten Überblick zu verschaffen, ist vordringliche Aufgabe dieses Aufsatzes, wobei den Aktivitäten der Europäischen Gemeinschaft besonderes Augenmerk zuteil werden soll. Dabei wird ein Schwerpunkt auf Fragen der Funkfrequenzverwaltung liegen. Entwicklungen, die mit dem sog. Erdsegment zusammenhängen, bleiben weitgehend ausgeklammert.“

### Jg 3 (2000) Nr 4

Holthoff-Frank, Klaus; Paulus, Melanie: Wettbewerb auf TK- und Postmärkten?: Zum Sondergutachten der Monopolkommission. – S. 187 – 191

„Die sektorspezifische Regulierung der Märkte für Telekommunikation und für Postdienstleistungen ist keine Daueraufgabe. Ihre Notwendigkeit entfällt, sobald auf den relevanten Märkten funktionsfähiger Wettbewerb herrscht. Dies periodisch zu überprüfen ist Aufgabe der Monopolkommission. Nach § 81 Abs. 3 Telekommunikationsgesetz (TKG) legt die Kommission alle zwei Jahre einen Bericht über die Entwicklung des Wettbewerbs auf den Telekommunikations(TK)-Märkten vor. Darin kann sie auf notwendige Konsequenzen für einzelne Bestimmungen des TKG hinweisen. Insbesondere soll sie darlegen, ob die Entgeltregulierung weiterhin erforderlich ist. Mit § 44 Postgesetz (PostG) hat der Gesetzgeber den Untersuchungsauftrag der Monopolkommission auf die Märkte für Postdienstleistungen erweitert. Die Kommission hat ihren ersten Bericht im Dezember 1999 vorgelegt.“

Gerpott, Torsten J.: Konsequente Fortsetzung der marktmachtsymmetrischen Regulierung von TK-Netzbetreibern. – S. 191 – 195

„Am 3.12.1999 legte die Monopolkommission (MK) ein Sondergutachten vor, in dem sie sich mit der Frage auseinander setzt, inwieweit auf Telekommunikations(TK)-Märkten in Deutschland zwei Jahre nach der formalen Aufhebung der letzten Monopolrechte

der Deutschen Telekom AG (DTAG) bereits funktionsfähiger Wettbewerb herrscht. Das Gutachten wurde von der DTAG und einzelnen Wirtschafts- und Rechtswissenschaftlern heftig kritisiert. Der vorliegende Beitrag zeigt, dass diese Kritiken unberechtigt sind: Auf den TK-Märkten in Deutschland hat sich bislang noch kein funktionsfähiger Wettbewerb entwickelt. Deshalb besteht für den Gesetzgeber derzeit keinerlei Anlass zum Abbau der symmetrisch zur Marktmacht erfolgenden Leistungsverhaltens- und Preisregulierung von Netzbetreibern auf Carrier- und Endkundenmärkten.“

Immenga, Ulrich: Relevante Märkte und Marktbeherrschung in der Regulierungspraxis. – S. 196 – 201

„1999 sind wichtige Entscheidungen der Regulierungsbehörde (Reg TP) zur Abgrenzung und Beherrschung insbesondere von Vorleistungsmärkten (Zusammenschaltung und Wiederverkäufer) ergangen. Sie ermöglichen eine erste kritische Beurteilung der Praxis. Das gilt vornehmlich für die Verbindung von Vorleistungs- und Endkundenmärkten.“

Scherer, Joachim; Ellinghaus, Ulrich: Unzulässigkeit der Regulierung von Zusammenschaltungsentgelten nicht marktmächtiger Netzbetreiber. – S. 201 – 206

„Nur die Zusammenschaltungsentgelte der marktbeherrschenden (bzw. mit beträchtlicher Marktmacht ausgestatteten) Betreiber öffentlicher Telekommunikations (TK)-Netze unterliegen der Entgeltregulierung. Das folgt – wie im Beitrag begründet wird – aus Wortlaut und Systematik des § 39 Telekommunikationsgesetz v. 25.7.1996 (TKG), wird durch die Gesetzgebungsgeschichte gestützt und entspricht den europarechtlichen Vorgaben der Zusammenschaltungsrichtlinie.“

Meibom, Wolfgang von; Bussche, Axel Freiherr von dem: Notwendigkeit einer Rückführung der TK-Regulierung. – S. 206 – 210

„Die dynamische Wettbewerbsentwicklung im Telekommunikations(TK)-Bereich droht derzeit auf nationaler sowie europäischer Ebene von einem immer dichter werdenden Geflecht staatlicher Regulierungen und Eingriffe behindert zu werden. Wie es dazu kommen konnte und welche Maßnahmen dagegen ergriffen werden sollten, ist Gegenstand des Beitrags. Nach Vorstellung der zuständigen staatlichen Institutionen sowie deren unvollkommene Zusammenarbeit werden die bestehenden Missstände bei der Durchführung der Wettbewerbsaufsicht aufgezeigt. Im Anschluss daran erfolgt eine Auseinandersetzung mit der als Gegensteuerung für erforderlich gehaltenen Deregelung des TK-Markts.“

Schaub, Alexander: Europäische Wettbewerbsaufsicht über die Telekommunikation. – S. 211 – 214

„Der Beitrag befasst sich mit den Problemen der Wettbewerbsaufsicht über die Telekommunikation durch die Europäische Kommission. Nach kurzer Schilderung des gegenwärtigen Rechtsrahmens für die Telekommunikation und dessen vorgesehener Anpassung an die Weiterentwicklung des Wettbewerbs werden die rechtlichen Instrumente der Kommission zur

Steuerung des TK-Wettbewerbs vorgestellt. Letzteres erfolgt gemäß der an praktischen Beispielen aufgezeigten Überwachung horizontaler Allianzen im Licht des Kartellverbots (Art. 81 EGV i. V. m. VO 17) und anhand der Fusionskontrollverordnung. Ein weiteres Instrument ist die Missbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen. Der Beitrag schließt mit einer kurzen Bewertung des Verkaufs der Kabelfernnetze der Deutschen Telekom AG (DTAG).“

Jg 3 (2000) Nr 5

McDonagh, Maeve: Freedom of Information in Common Law Jurisdictions: The Experience and the Challenge. – S. 251 – 256

„Following a relatively slow start FOI legislation is today firmly entrenched in common law jurisdictions. Recently there have been a number of FOI related developments at both domestic and international levels in Europe. Experience of the operation of common law FOI legislation can contribute to the FOI debate in Europe. This paper traces the history of FOI legislation in the common law world and identifies the main features of such legislation. Issues in the operation of FOI legislation are highlighted and, in particular, the capacity of FOI laws to survive significant changes in public sector management in the common law world is discussed.“

Schmitz, Dirk: UN-Kaufrecht (CISG) und Datentransfer via Internet. – S. 256 – 260

„Im ... Beitrag wird der Anwendungsbereich des UN-Kaufrechts bei Informationstransfers im Internet dargestellt. Der Abruf von Informationen ist und wird der Hauptgegenstand des E-Commerce bleiben. Das Internet wird auf Grund der Vielfalt der Informationen und der Schnelligkeit der Vermittlung als Informationsmedium immer mehr in den Mittelpunkt rücken. Auf Grund der Eigenheiten der Ware Information, namentlich des immateriellen Charakters, sind hinsichtlich der Anwendung der gesetzlichen Regelungen jedoch deren Besonderheiten zu berücksichtigen. Der Frage, welche haftungsrechtlichen Risiken mit der Anwendbarkeit des Einheitsrechts verbunden sind und wie der Informationsanbieter im Rahmen seiner AGB diesen begegnen sollte, wird nachgegangen.“

Liesching, Marc; Günter, Thomas: Verantwortlichkeit von Internet-Café-Betreibern: Besonderheiten bei pornographischen oder sonstigen jugendgefährdenden Inhalten. – S. 260 – 266

„Der Beitrag beschäftigt sich erstmals eingehend mit der Frage der strafrechtlichen Haftung von Internet-Café-Betreibern. Insbesondere bei [www.jugendschutz.net](http://www.jugendschutz.net), der länderübergreifenden Stelle zur Überwachung von Mediendiensten im Hinblick auf jugendgefährdende Inhalte, gingen in letzter Zeit diesbezüglich zahlreiche Anfragen sowohl von Internet-Café-Betreibern als auch von besorgten Eltern ein. Ebenso deuten jüngste Initiativen von T-Online und AOL bezüglich einer flächendeckenden, kostenlosen Ausstattung der Schulen mit Computern und Internet-Anschlüssen darauf hin, dass künftig in noch stärkerem Maße die im Folgenden behandelten Fragen

an Bedeutung gewinnen werden. Die Verfasser gelangen zu dem Ergebnis, dass den Internet-Café-Betreibern grundsätzlich eine strafrechtliche Verantwortlichkeit treffen kann, da ihm eine Überwachungspflicht obliegt, deren Umfang sich nach den Umständen des Einzelfalls zu richten hat. Die Anwendung des § 5 Abs. 3 TDG/§ 5 Abs. 3 MDStV wird ebenso wie eine strafatbestandsausschließende Einwilligung der Eltern abgelehnt.“

**Knieps, Günter:** Rückführung sektorspezifischer Regulierung auf dem deutschen TK-Markt: Die verpasste Chance des Sondergutachtens der Monopolkommission. – S. 266 – 269

„Die Monopolkommission kommt in ihrem jüngsten Sondergutachten zur Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs auf den TK-Märkten zum Schluss, dass sowohl die Fernnetze als auch die Ortsnetze weiterhin regulierungsbedürftig seien. Anhand ausländischer Erfahrungen, wettbewerbsökonomischer Analysen und Vergleichen mit anderen Netzsektoren lässt sich jedoch nachweisen, dass eine differenziertere Regulierungspolitik angezeigt ist. Lediglich im Bereich der Anschlussnetze liegt momentan noch ein sektorspezifisches Marktmarktproblem vor, das mit Hilfe der monopolistischen Bottleneck-Regulierung angegangen werden muss. Aber selbst hier zeichnet sich bereits ein zunehmender Wettbewerb ab.“

**Noll, Alfons A. E.:** ITU Constitutional and Conventional Amendments. – S. 270 – 276

„Mit Beginn dieses Jahres sind die neuesten Novellierungen der Texte der Konstitution sowie der letztere ergänzenden Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) in Kraft getreten, die die bisher letzte Regierungsbevollmächtigtenkonferenz der ITU im Oktober/November 1998 beschlossen hat. Diese Novellierungen allein werden schon für die folgenden Jahre nicht nur das interne Funktionieren der ITU beeinflussen. Sie werden auch ihre Auswirkungen haben auf die weitere Entwicklung der heute bereits vielfältigen und sich in rasantem Tempo ständig vermehrenden und stets verfeinerten Mittel und Medien moderner Fernmeldetechnik sowie auf die praktische Anwendung und Ausgestaltung des Internationalen Telekommunikationsrechtes selbst. Gleichermaßen wirken sich auch die anderen, zahlreichen und einschneidenden Resolutionen der o. g. ITU-Konferenz, bereits heute auf das gesamte Telekommunikations(TK)-Wesen und -Recht weltweit aus, da diese keinen sog. Inkrafttretungstag erfordern, sondern bereits mit ihrer endgültigen Annahme durch die Konferenz am 6.11.1998 ihre Wirkungen entfaltet und weiterhin ausüben, zumindest bis zur nächsten Tagung des obersten Entscheidungsorgans der ITU, die im Jahre 2002 in Marakesch, Marokko stattfinden wird. Es erscheint daher ebenso angebracht wie nützlich, an dieser Stelle auf die wichtigsten Novellierungen und Entscheidungen einzugehen, die alle – inzwischen 189 – Mitgliedstaaten der ITU sowie die fast 600 aus dem Privatsektor kommenden und innerhalb der ITU an deren vielfältigen Aktivitäten tagtäglich teilnehmenden ‚Sektor-Mitglieder‘ betreffen.“

**Jg 3 (2000) Nr 6**

**Wiebe, Andreas:** Vertragsschluss bei Online-Auktionen. – S. 323 – 329

„Online-Auktionen erfreuen sich im Internet steigender Beliebtheit. Dies ist auf die besonderen Kommunikationsbedingungen in diesem Medium zurückzuführen, die aber gleichzeitig eine gegenüber herkömmlichen Auktionen andersartige Ausgestaltung des Koordinationsprozesses bedingen. Die sich daraus ergebenden rechtlichen Fragen haben bereits die Rechtsprechung beschäftigt und teilweise zu erheblicher Unsicherheit geführt. Im Mittelpunkt des folgenden Beitrags steht die Problematik des Vertragsschlusses zwischen Teilnehmern, für die das virtuelle Auktionshaus nur die Plattform zur Verfügung stellt. Mit Bezug auf die in MMR 2000, 280 besprochene Entscheidung des LG Münster wird vor allem die AGB-rechtliche Problematik untersucht. Aber auch die jüngsten Regelungsvorhaben des europäischen Gesetzgebers im Bereich des elektronischen Handels sind in Zukunft zu beachten.“

**Huppertz, Peter:** Wettbewerbsrechtliche Zulässigkeit von Verbraucher- und Einkaufsgemeinschaften im Web. – S. 329 – 333

„E-Commerce revolutioniert die traditionellen Vertriebsmethoden im Endverbrauchermarkt und bietet neue Geschäftschancen für Start-Ups und etablierte Unternehmen. Vor allem innovative Start-Up-Unternehmen attackieren mit verbraucherfreundlichen Geschäftsmodellen die traditionellen Wettbewerber. Nicht selten sind diese Geschäftsmodelle aus wettbewerbsrechtlicher Sicht problematisch. Ein treffendes Beispiel hierfür ist das sog. Community-Shopping, durch das Endverbraucher eine Bündelung ihrer Einkaufskraft ermöglicht wird. Die wettbewerbsrechtliche Zulässigkeit des Community-Shopping ist nicht unumstritten und hat bereits die Gerichte beschäftigt. Der Verfasser versucht im Folgenden einen Überblick über die damit zusammenhängenden wettbewerbsrechtlichen Fragestellungen zu geben.“

**Viehhues, Martin:** Domain-Name-Sharing. – S. 334 – 340

„Das explosionsartig gestiegene Interesse am Internet hat zu einer Verknappung der Domain-Names geführt. Streitigkeiten anlässlich der Registrierung von Domain-Names nehmen zu. Kollisionen von Domain-Names mit rechtlich geschützten Kennzeichen Dritter in der Form des sog. Domain-Name-Grabbing können anhand der zwischenzeitlich entwickelten Rechtsprechung gelöst werden. In der Praxis stellt sich jedoch häufig das Problem, das die technisch zwingende Einmaligkeit von Domain-Names auch Koexistenzen verhindert, die in der ‚realen‘ Welt rechtlich unbedenklich sind. Um die virtuelle Welt des Internet insofern mit der realen Welt in Einklang zu bringen, müsste eine Benutzung von identischen Domain-Names durch mehrere Personen ermöglicht werden. Dies ist das Ziel des Domain-Name-Sharing.“

**Eifert, Martin; Schreiber, Lutz:** Elektronische Signatur und der Zugang zur Verwaltung: Die Folgen der EU-Signaturrichtlinie für das Verwaltungsrecht und die Verwaltungspraxis. – S. 340 – 346

„Der elektronischen Signatur kommt nicht nur für den E-Commerce, sondern auch für die Online-Verwaltung eine zentrale Rolle zu. Während bereits zahlreiche Projekte praktisch den Weg zum virtuellen Rathaus einschlagen, herrscht hinsichtlich der rechtlichen



Frage des elektronischen Zugangs zur Verwaltung noch erhebliche Unsicherheit. Die Anpassung der Formvorschriften des Verwaltungsrechts steht hier gegenwärtig im Zentrum und beschäftigt zunehmend Bund und Länder. Der Beitrag behandelt die damit verbundenen Fragen und zeigt insbesondere den europarechtlichen Rahmen, die Option einer umfassenden Rechtsanpassung und die Folgen für den tatsächlichen Zugang zur Verwaltung auf.“

Spies, Axel: US-Markteintrittsregeln der FCC für ausländische Carrier. – S. 346 – 351

„Während auf den Märkten in Deutschland und Österreich zahlreiche US-Unternehmen Fuß gefasst haben, gilt der US-Markt für viele europäische Betreiber als schwierig und für Ausländer als nachteilig. Der Beitrag gibt einen Überblick über die einschlägigen US-Regeln für die Lizenzvergabe und die Berichtspflichten der FCC für ausländische Betreiber (Carrier) und legt dar, dass die regulatorischen Eintrittshürden in den USA geringer sind, als viele Europäer vermuten.“

### Multimedia und Recht, Beilage Jg 3 (2000) Nr 2

Knieps, Günter: Wettbewerb auf dem Mobilfunkmarkt. – S. 1 – 15

„Die Suche nach einer konsistenten regulatorischen Behandlung von Mobilfunk- und Festnetzen sollte nicht in der Einführung einer sektorspezifischen Regulierung von Mobilfunknetzen, sondern vielmehr im Abbau der sektorspezifischen Regulierung der Festnetze bestehen. Stabile Marktmacht mittels des monopolistischen Bottleneck-Konzepts kann auf den Mobilfunkmärkten nicht lokalisiert werden. Mobilfunknetze stellen grundsätzlich keine monopolistischen Bottlenecks dar. Es existieren vier Netzbetreiber parallel, so dass die Teilnehmer zwischen unterschiedlichen Netzanbietern wählen können. Genau hier liegt der entscheidende Unterschied zum kabelgebundenen Teilnehmeranschlussnetz (Local Loop), dass beim heutigen Stand der Technik zu Recht einer Bottleneck-Regulierung unterliegt. Ein schlüssiger Nachweis stabiler Marktmacht auf Oligopolmärkten, auf deren Basis der Vorwurf einer dominanten Stellung oder einer signifikanten Marktmacht gerechtfertigt wäre, kann auf Mobilfunkmärkten ebenfalls nicht geleistet werden. Dabei zeigt sich insbesondere, dass auf Marktanteilkriterien zum Nachweis einer marktbeherrschenden Stellung kein Verlass ist. Der Wettbewerb auf den Mobilfunkmärkten ist funktionsfähig. Einer sektorspezifischen Regulierung der Mobilfunkmärkte fehlt die regulierungsökonomische und wettbewerbstheoretische Fundierung. Private Verhandlungen über die Interconnection- und Zugangsbedingungen zwischen den verschiedenen Netzeigentümern führen zu ökonomisch effizienten Lösungen; zudem hat der Wettbewerb zwischen Netzbetreibern und Diensteanbietern im Endkundenmarkt inzwischen massiv zugenommen.“

### Multimedia und Recht, Beilage Jg 3 (2000) Nr 4

Piepenbrock, Hermann-Josef; Müller, Ulf: Fakturierung, Forderungseinzug und Inkasso bei TK-Dienstleistungen. – S. 1 – 28

„Telefonieren kostet Geld. Im Gegensatz zu den üblichen Leistungsbeziehungen bei der Inanspruchnahme von Waren und Dienstleistungen erfolgt jedoch eine Zahlung der in Anspruch genommenen Telefondienstleistungen in der Regel nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem jeweiligen Telefongespräch, sondern erst über die später erstellte monatliche Telefonrechnung. Bekannte Ausnahmen sind lediglich die Münz- und Kartentelefone sowie die sog. Pre-paid-Karten, bei denen während der Verbindung der Rechnungsbetrag von einem Guthabenkonto, das auf dem Speicherchip der Karte oder dem Abrechnungssystem des Anbieters geführt wird, abgebogen wird. Für den ganz überwiegenden Teil schreibt jedoch nach wie vor die Deutsche Telekom AG (nachfolgend: DTAG) Monat für Monat ca. 40 Millionen Fernmelderechnungen. Seit einigen Monaten herrscht ein heftiger Streit zwischen der DTAG und ihren Wettbewerbern über die zukünftige Gestaltung von Fakturierung, Forderungseinzug und Inkasso bei TK-Dienstleistungen. Am 21.2.2000 hat die Reg TP in einem Missbrauchsverfahren in diesem Streit entschieden. Der zuständigen Beschlusskammer 3 lag vor der Beschlussfassung dieses Gutachten vor, das i. R. d. Missbrauchsverfahrens erstellt worden ist. Der Tenor der Entscheidung ist im Anhang abgedruckt, eine inhaltliche Berücksichtigung war dagegen nicht mehr möglich.“

### new media & society Jg 2 (2000) Nr 1

Halavais, Alexander: National borders on the world wide web. – S. 7 – 28

„Das Internet gilt als internationales Medium, das sich über räumliche Grenzen hinwegsetzt. Auf der Basis einer Untersuchung von 4000 Websites zeigt der Autor demgegenüber, dass sich die sozialen Strukturen der „realen“ Welt ins Internet fortsetzen. Websites sind eher mit anderen Sites verlinkt, die zur gleichen Nation gehören, und wenn Hinweise auf nicht aus der gleichen Nation stammende Sites gegeben werden, so überproportional häufig Links zu US-amerikanischen Angeboten.“

Dunaway, David King; Digital radio production: Towards an aesthetic. – S. 29 – 50

Burgelman, Jean-Claude: Regulating access in the information society: The need for rethinking public and universal service. – S. 51 – 66

Der Text setzt sich mit dem Problem des Zugangs zu Informationsnetzen wie dem Internet auseinander. Der Autor begründet die These, dass diese Frage in der künftigen Informationsgesellschaft (die er als Netzgesellschaft definiert) nicht mehr im Bereich der Medienpolitik, sondern als ein Problem der Sozialpolitik behandelt werden muss.

Case, Donald O.: Stalking, monitoring and profiling: A typology and case studies of harmful uses of caller ID. – S. 67 – 84

Der Text beschäftigt sich mit Verbrechen, die im Zusammenhang mit der Anruferidentifikation beim Telefonieren entstanden sind.

Meek, Allen: Exile and the electronic frontier: Critical intellectuals and cyberspace. – S. 85 – 104

## Jg 2 (2000) Nr 2

Graham, Philip: Hypercapitalism: A political economy of informational idealism. – S. 131 – 156

Downes, Edward J.; McMillan, Sally J.: Defining interactivity: A qualitative identification of key dimensions. – S. 157 – 179

Die Autoren wollen genauer feststellen, was mit Interaktivität gemeint ist und wie dieser Begriff zu dimensionieren ist. Um dies herauszufinden, führen sie Tiefeninterviews mit zehn Experten und werten diese aus. Sie finden sechs zentrale Dimensionen, in denen sich interaktive und nicht interaktive medienvermittelte Kommunikation voneinander unterscheiden können: Richtung von Kommunikation, zeitliche Flexibilität, die Bedeutung des Ortes, das Ausmaß, Interaktion zu kontrollieren, das Antwortpotenzial und den wahrgenommenen Zweck von Kommunikation.

White, Candace; Scheb, John M.: Impact of media messages about the internet: Internet anxiety as a factor in the adoption process in the USA. – S. 181 – 194

Haythornthwaite, Caroline: Online personal networks: Sites, compositions and media use among distance learners. – S. 195 – 226

## Political Communication

### Jg 17 (2000) Nr 1

Musso, Juliet; Weare, Christopher; Hale, Matt: Designing Web Technologies for Local Governance Reform: Good Management or Good Democracy?. – S. 1 – 19

Althaus, Scott L.; Tewksbury, David: Patterns of Internet and Traditional News Media Use in a Networked Community. – S. 21 – 45

Der Beitrag setzt sich mit der Frage auseinander, ob die Netzkommunikation zu einer Ergänzung für den Gebrauch traditioneller Nachrichtenmedien wird oder sie ablöst. Grundlage ist eine Erhebung bei 520 Studenten, bei denen die Internetnutzung zum festen Bestandteil des Alltagslebens geworden ist. Für sie gilt: Die Nutzung des Netzes als Nachrichtenquelle geht mit der Lektüre von Tageszeitungen einher, hat aber mit der Nutzung von Fernsehnachrichtensendungen nichts zu tun. Die Mitglieder der Netzgemeinde nutzen das Netz hauptsächlich zur Unterhaltung. Muster in der Nutzung der Onlinekommunikation und der traditionellen Medien werden in Hinsicht

auf die Dimensionen Distanz zu Computern, Kontrollmotiv und politisches Wissen betrachtet. Aus den Ergebnissen leiten die Autoren die Vermutung ab, dass selbst dann, wenn Computerkenntnisse und Internetzugang sich in der Bevölkerung allgemein verbreitet haben werden, das World Wide Web doch kaum die Nutzung traditioneller Medien als Nachrichtenquelle ablösen würde.

Papathanassopoulos, Stylianos: Election Campaigning in the Television Age: The Case of Contemporary Greece. – S. 47 – 60

Benoit, William L.; Blaney, Joseph R.; Pier, P. M.: Acclaiming, Attacking, and Defending: A Functional Analysis of U.S. Nominating Convention Keynote Speeches. – S. 61 – 84

## Jg 17 (2000) Nr 2

Lawrence, Regina G.: Game-Framing the Issues: Tracking the Strategy Frame in Public Policy News. – S. 93 – 114

Mit Blick auf die Art der inhaltlichen Strukturierung der Berichterstattung wird eine Darstellungsweise kritisch diskutiert, die die Politik als „Spiel“ von Taktiken und Durchsetzungsstrategien erscheinen lässt („strategic framing“). Der Beitrag will die spezifischen Kontexte ermitteln, die diese Art der Berichterstattung zum vorherrschenden Muster machen. Eine Inhaltsanalyse von Beiträgen in Tageszeitungen und Nachrichtenmagazinen von 1996 über die Gesundheitsreform in den USA ergibt: Die Berichterstattung über Politikfelder folgt vor allem dem Muster, Politik als strategischen Durchsetzungskampf zu porträtieren, wenn die Politikfelder im Zusammenhang mit Wahlen diskutiert werden, ferner wenn Politiker der Hauptstadt in eine Auseinandersetzung mit erwartbar klarem Ausgang (Gesetzesverabschiedung oder -zurückweisung) über Schlüsselthemen der Wahlauseinandersetzung engagiert sind; dagegen tritt das Muster weniger in Erscheinung, wenn Politikfelder auf Länderebene debattiert werden oder wenn es um die Phase der Implementation von politischen Entscheidungen geht.

Aburayia, Issam; Avraham, Eli; Wolfsfeld, Gadi: When Prophecy Always Fails: Israel's Press Coverage of the Arab Minority's Land Day Protests. – S. 115 – 131

Über 21 Jahre hinweg baut die hebräische Presse Israels vor dem Protesttag der Palästinenser das Bild einer gewalttätigen Bedrohung auf, obwohl es niemals zu größeren Gewalttätigkeiten gekommen ist. Der Protesttag ist zu einem jährlichen Ritual der Verunglimpfung geworden. Der Fall ist ein Beispiel für die Auseinandersetzung um die medienöffentliche Definition und Strukturierung eines Themas: Während eine kritische Minderheit versucht, als strukturierende Perspektive bzw. als Thema die „Ungerechtigkeit“ durchzusetzen, wollen die staatlichen Autoritäten das „Recht und Ordnung“ Muster etablieren. Die etablierten journalistischen Routinen für die Berichterstattung über Minderheiten, denen kaum soziale Legitimität zubilligt wird, stellen sicher, dass die Proteste nahezu immer als Herausforderung für Recht und Ordnung betrachtet worden sind. Für arabische

Bürger wird es wegen dieser journalistischen Routinen nahezu unmöglich, ihre Lesart des „Land Day“ öffentlich zu vertreten.

McGregor, Judy; Fountain, Susan; Comrie, Margie: *From Contest to Content: The Impact of Public Journalism on New Zealand Election Campaign Coverage.* – S. 133 – 148

Corrigan, Matthew: *The Transformation of Going Public: President Clinton, the First Lady, and Health Care Reform.* – S. 149 – 168

Oleske, John; Mendelberg, Tali: *Race and Public Deliberation.* – S. 169 – 191

### **Public Opinion Quarterly** Jg 63 (1999) Nr 4

Bishoping, Katherine; Kalmin, Andrea: *Public opinion about comparisons to the Holocaust.* – S. 485 – 507

Bolce, Louis; Maio, Gerald de: *The anti-christian factor in contemporary politics.* – S. 508 – 542

Raghubir, Priya; Johar, Gita Venkataramani: *Hong Kong 1997 in context.* – S. 543 – 565

### **Publizistik** Jg 45 (2000) Nr 1

Stöber, Rudolf: *Martin Luthers „Passional Christi und Antichristi“: Ein Plädoyer für die historisch-systematische Kommunikationswissenschaft.* – S. 1 – 19

Görke, Alexander; Kohring, Matthias; Ruhrmann, Georg: *Gentechnologie in der Presse: Eine internationale Langzeitanalyse von 1973 bis 1996.* – S. 20 – 37

Dernbach, Beatrice: *Themen der Publizistik – Wie entsteht die Agenda öffentlicher Kommunikation?.* – S. 38 – 50

Best, Stefanie: *Der Intra-Extra-Vergleich – ein wenig genutztes Analyseinstrument und seine methodischen Anforderungen: Ein Beitrag zur Nachrichtenwert-Theorie.* – S. 51 – 69

Schantel, Alexandra: *Determination oder Interifikation?: Eine Metaanalyse der Hypothesen zur PR-Journalismus-Beziehung.* – S. 70 – 88

### **RTKom** Jg 52 (2000) Nr 1

Ernst, Stefan: *Zur rechtlichen Beurteilung der digitalen Erfassung von Gebäuden in Datenbanken.* – S. 4 – 11

Ein Verlag aus der Nähe von Hannover realisiert derzeit unter der Bezeichnung „City-Server“ eine der größten Bild-Datenbanken der Welt. Der Beitrag zeichnet die Reaktionen der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder und die gerichtlichen Verfahren zu diesem Projekt nach. In der rechtlichen Bewertung untersucht der Verf. datenschutzrechtliche und urheberrechtliche Aspekte, Fragen des Rechts am eigenen Bild, des Persönlichkeits- und Eigentumsrechts sowie Fragen des Straßenrechts.

Determann, Lothar: *Abgrenzung gesetzlicher Medienkategorien im Internet: IuKDG-Bericht der Bundesregierung und Probleme der Praxis.* – S. 11 – 21

In Hinblick auf die Unterscheidung gesetzlicher Medienkategorien im Internet herrschen höchst unterschiedliche Ansichten bei entscheidenden staatlichen Stellen, wie den Bundes- und Landesgesetzgebern, Gerichten, Medienanstalten und dem Generalbundesanwalt. Der Verf. untersucht vor dem Hintergrund des von der Bundesregierung veröffentlichten IuKDG-Bericht einzelne Fallgestaltungen aus der Praxis, die Anwendungsbereiche der verschiedenen Mediengesetze und die Abgrenzungen der Regelungsmaterien des RStV, des MDSStV, des TDG und des TKG.

Gersdorf, Hubertus; Witte, Markus: *Inkasso- und Einzelbindungsnachweispflicht bei Call by Call?.* – S. 22 – 26

Die Deutsche Telekom AG hat die zwischen ihr und den Anbietern „echten“ Call by Calls geschlossenen Verträge gekündigt. Einige Verbindungsbetreiber schließen einen Rückzug aus dem Call-by-Call-Geschäft nicht aus. Die Verfasser untersuchen, ob die DTAG nach der Telekommunikations-Kundenschutzverordnung oder nach dem Telekommunikationsgesetz verpflichtet ist, das Inkasso für die Verbindungsbetreiber durchzuführen und den Einzelbindungsnachweis zu erbringen.

König, Christian; Neumann, Andreas: *Zusammenschaltungs-Entgeltregulierung unterhalb der Schwelle „beträchtlicher Marktmacht“?.* – S. 27 – 34

Der dritte und vierte Teil des Telekommunikationsgesetzes (TKG) bieten Ermächtigungsgrundlagen für erhebliche Eingriffe in die privatautonome Gestaltung der Vertragsverhältnisse auf dem deutschen Telekommunikationsmarkt. Die Verfasser überprüfen die Anwendbarkeit der Entgeltregulierung auf Zusammenschaltungsanordnungen nach § 37 TKG angesichts des seit Erlass des TKG veränderten tatsächlichen Umfeldes im Bereich der Telekommunikation und unter Berücksichtigung der gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben.

### **Rundfunk und Geschichte** Jg 26 (2000) Nr 1 – 2

Großmann-Vendrey, Susanne: *Die Operette in der Berliner Funkstunde.* – S. 5 – 13

Witting-Nöthen, Petra: *Rechtliche und wirtschaftliche Probleme des früheren NWDR-*

Fernsehens: vom Versuchsbetrieb zur Einführung des Fernsehens in Deutschland. – S. 14 – 20

Guder, Andreas: Genosse Hauptmann auf Verbrecherjagd: die DDR-Krimi-Reihe „Polizeiruf 110“. – S. 21 – 28

Dordevic, Mira: Pioniere des deutschen Rundfunks im Spiegel eines Briefwechsels Ernst Hardt – Alexander Maaß. – S. 29 – 43

### **Trends in Communication** Jg 31 (2000) Nr 6

Bauer, Christian; Bauer, Dietmar; Scharl, Arno: Measuring the web: A pilot study for web site classification based on empirical evidence. – S. 113 – 132

Ausgabe 6 (2000) enthält sieben Artikel zum Titelthema „E-Commerce“

### **tv diskurs** (2000) Nr 2

Mikát, Claudia: Ein Plädoyer für die Freiheit: In Spanien setzt man auf Empfehlungen statt auf Verbote. – S. 4 – 11

Schmitt, Georg Joachim: Southpark: Filme als Rezipienten des Gewaltdiskurses. – S. 14 – 17

Der Autor zeigt am Beispiel des Kino-Films „South Park. Bigger, Longer & Uncut“, der auf drastische Art und Weise das Thema Jugendschutz thematisiert, welche Impulse zeitgenössische Filme für das Thema Jugendmedienschutz liefern können.

Zeitler, Ernst: Der Tonfilm: Denn auf die Mischung kommt es an. – S. 18 – 27

Rückert, Corinna: Gute Frauenerotik und schlechte Männerpornographie. – S. 28 – 35

Die Autorin greift wesentliche Defizite der bislang geführten Pornographiedebatte auf, nimmt eine Präzisierung des Pornographiebegriffs vor und stellt das von ihr im Rahmen ihrer Dissertation zum Thema „Frauenpornographie: Pornographie von Frauen“ verwendete Analyseinstrument vor. Nach Ansicht der Autorin stellt Pornographie keine alltagsweltliche Sexualität dar, sondern lediglich eine Inszenierung sexueller Phantasien. Aus dieser Perspektive sei eine Gegenüberstellung von „guter“ und „schlechter“ bzw. „gewaltverherrlichender, frauenverachtender Männerpornographie“ und „guter Frauenerotik“ nicht (mehr) zulässig. Vielmehr trage dieser Perspektivwechsel zu einer Entemotionalisierung der bislang geführten Debatte bei.

Wiedemann, Dieter: Medienpädagogik als Wunderwaffe im Medienschungel?: Ansprüche und Realität eines pädagogischen Konzepts. – S. 38 – 45

Medienkompetenz hat sich seit den 80er Jahren zu einer Art „Patentrezept“ zum Schutz vor unerwünschten Medieninhalten und deren vermeintlichen Wirkungen entwickelt. Der Autor diskutiert, welche Konsequenzen die Ausbildung von Medienkompetenz für die Qualität von Medieninhalten nach sich zieht, aber auch, wie sich die Qualität der Medieninhalte auf die Ausbildung von Medienkompetenz auswirken könnte. Für das Konzept von Medienkompetenz folgert er: „Insofern kann es nicht so sehr um eine individualsbezogene Vermittlung einer universellen Medienkompetenz gehen, sondern vielmehr um eine Zielvorstellung, die auf bestimmte gesellschaftliche Gruppen zu beziehen wäre.“ (S. 39)

Tulodziecki, Gerhard: Schulprofil Medienkompetenz: Konzepte und Zukunftsperspektiven. – S. 46 – 49

Der Autor skizziert anhand von acht Merkmalen, wie Medienerziehung modellhaft umgesetzt werden könnte. Gleichzeitig zeigt er aber auch Veränderungen hinsichtlich der in den Orientierungsrahmen der BLK und KKK formulierten Konzepten von schulischer Medienerziehung auf, die für die Förderung von schulischen Projekten nicht folgenlos bleiben. Er sieht darin das Problem, dass „dass die Mittel nicht im Sinne umfassender Erziehungs- und Bildungsaufgaben im Medienbereich eingesetzt werden und damit letztlich auch die Chance verringert wird, die Nutzung computerbasierter Medien in sinnvoller Weise in den Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule zu integrieren.“ (S. 12)

Kubisch, Susanne; Lampert, Claudia: Die Verwendung qualitativer Erhebungsmethoden in der Kinderfernsehforschung: ein Überblick. – S. 68 – 71

Der Artikel beschreibt Entwicklungen in der Medienforschung mit Kindern und zeigt die Möglichkeiten verschiedener Methoden auf, die sich besonders in Untersuchung mit Vorschulkindern bewährt haben. Trotz entwicklungsbedingter Schwierigkeiten sowohl bei der Datenerhebung als auch bei der Auswertung sehen die Autorinnen in der Forschung mit Kindern die Chance, das Wissen über deren subjektive Sichtweise auf Medieninhalte zu erweitern.

Hackel, Katja: „und die Moral von der Geschicht“: Wie beeinflussen Talkshows die Realitätswahrnehmung Jugendlicher. – S. 76 – 83

Im Rahmen einer experimentellen Untersuchung von 165 der 9. und 10. Klasse, bestehend aus 6 Befragungen, untersuchte die Autorin das Kultivierungspotenzial täglicher Talkshows. Der Experimentalgruppe wurde „moralisch belastetes“ Material (Talkshow-Themen wie z. B. Homosexualität, Transsexualität, Piercings, Tätowierungen etc.) und der Kontrollgruppe Themen wie z. B. Erfüllung von Wünschen, Mode und Miss-Wahlen gezeigt. Die Ergebnisse zeigen, dass beide Gruppen die Bevölkerungsanteile von Homosexuellen, Transsexuellen, Gepiercten und Tätowierten überschätzen, ein signifikanter Gruppenunterschied ist nur beim Thema Homosexualität festzustellen. Ein weiteres Ergebnis ist, dass die Schüler der Experimentalgruppe den überschätzten Personengruppen gegenüber insgesamt liberaler eingestellt sind als die der Kontrollgruppe. Eine Transformation dieser liberalen Einstellung auf andere, nicht in den

Talkshows diskutierten Themen (z. B. Treue, Ladendiebstahl) konnte nicht festgestellt werden. Die Autorin sieht in den Ergebnissen einen Beleg dafür, dass ein kausaler Zusammenhang zwischen den Talkshowinhalten und der Realitätswahrnehmung und den Einstellungen von Jugendlichen besteht. Inwieweit diese kurzfristigen Effekte tatsächlich als Kultiervierung bezeichnet werden können, bleibt fraglich.

### Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht Jg 44 (2000) Nr 2

Sieber, Ulrich: Mindeststandards für ein globales Pornographiestrafrecht: eine rechtsvergleichende Analyse. – S. 89 – 105

Der Beitrag beruht auf einem Gutachten, das im Auftrag des Bundesministeriums der Justiz erstellt wurde und das sich mit Jugendschutz und Providerverantwortlichkeit befasst. Die rechtsvergleichende Analyse bezieht die Strafbestimmungen der wichtigsten Industriestaaten (G7-Staaten) mit ein, d. h. von Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, USA und Großbritannien, sowie die der Länder Dänemark, Finnland, Niederlande, Österreich, Schweden, Schweiz und Spanien. Nach einer Einführung in die Grundlagen und die Systematik der einschlägigen Regelungen – hier weist der Autor u. a. darauf hin, dass in den untersuchten Ländern diese Normen zum Teil dem Schutz unterschiedlicher Rechtsgüter dienen – werden sowohl die strafrechtlichen Spezialbestimmungen gegen Kinderpornografie als auch die allgemeinen Strafbestimmungen gegen Pornografie analysiert. Zur Bekämpfung von Kinderpornografie spricht sich der Autor für eine internationale Einigung auf bestimmte Mindeststandards aus, die in allen Staaten strafrechtlich sanktioniert werden.

Renck-Laufke, Martha: Probleme der Konzentrationskontrolle im privaten Fernsehen. – S. 105 – 114

Die Autorin kritisiert die zahlreichen „Unbestimmtheiten, Unstimmigkeiten, Imponderabilien und Variablen“ der rundfunkrechtlichen Konzentrationskontrolle in den §§ 26 ff. RStV. Die konkreten gesetzlichen Kriterien seien aus sich selbst heraus ohne die Heranziehung der bundesverfassungsgerichtlichen Leitlinien nicht aussagefähig. Negativ beurteilt wird insbesondere § 26 Abs. 2 RStV. Hiernach ist vorherrschende Meinungsmacht zu vermuten, wenn die einem Unternehmen zurechenbaren Programme im Durchschnitt einen Zuschaueranteil von 30 % erreichen. Gleiches gilt bei einer geringfügigen Unterschreitung dieses Anteils, sofern das Unternehmen auf einem medienrechtlich relevanten verwandten Markt eine marktbeherrschende Stellung hat oder eine Gesamtbeurteilung seiner Aktivitäten im Fernsehen und auf medienrechtlich relevanten verwandten Märkten ergibt, dass der dadurch erzielte Meinungseinfluss dem eines Unternehmens mit einem Zuschaueranteil von 30 % entspricht. Es sei unklar, ob § 26 Abs. 2 RStV eine abschließende gesetzliche Umschreibung vorherrschender Meinungsmacht enthalte oder lediglich Anhaltspunkte für das Vorliegen vorherrschender Meinungsmacht gebe. Außerdem sei der Grenzwert von 30 % zu hoch angesetzt. Es begünstige ein Duopol beim privaten Rundfunk. Die Autorin kritisiert auch die Zurechnungsregeln und die Unbestimmtheit

der Kriterien der geringfügigen Unterschreitung des Zuschaueranteils von 30 % und der medienrelevanten verwandten Märkte.

Baumeister, Klaus: Informationsquelle Funkverkehr: Strafbarkeitsrisiken erläutert am Beispiel Polizeifunk und unter besonderer Berücksichtigung von Art. 5 Abs. 1 GG. – S. 114 – 126

Schulze, Gernot: Wann beginnt eine urheberrechtlich relevante Nutzung? – S. 126 – 136

Brauneck, Anja: Das allgemeine Persönlichkeitsrecht im Konflikt mit dem verfassungsrechtlichen Freiheitsanspruch der Satire. – S. 137 – 142

### Jg 44 (2000) Nr 3

Ring, Wolf-Dieter: Der Vierte Rundfunkänderungsstaatsvertrag: Rechtsfolgen für die Praxis. – S. 177 – 183

Dieser und die folgenden Beiträge basieren auf Vorträgen, die auf der Arbeitssitzung des Instituts für Urheber- und Medienrecht am 17.12.1999 in München gehalten wurden. Der Verfasser gibt in diesem Beitrag einen Überblick über den vierten Rundfunkänderungsstaatsvertrag. Dieser dient der Umsetzung der EG-Fernsehrichtlinie und der Europaratskonvention und enthält daher Neuerungen in Bezug auf die Ausstrahlung von Großereignissen im frei empfangbaren Fernsehen, größere Handlungsspielräume bei den Bestimmungen über Werbung, Sponsoring und insbesondere beim Teleshopping sowie die Kennzeichnungspflicht für jugendgefährdende Sendungen. Darüber hinaus finden sich im Rundfunkänderungsstaatsvertrag Regelungen über weitere Verbesserungen des Jugendschutzes, bestimmte Erscheinungsformen der Werbung, die Belegung von Kabelnetzen mit digitalen Programmen sowie Ergänzungen zu den Regelungen über den diskriminierungsfreien Zugang zu Decodern und Navigatoren. Ferner weist der vierte Rundfunkänderungsstaatsvertrag digitale Programmermächtigungen für die ARD und ZDF sowie die Ermächtigung für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, Mediendienste mit vorwiegend programmbezogenem Inhalt anzubieten, auf. Der Beitrag behandelt Konsequenzen der Regelungen für die Praxis, wobei der Schwerpunkt auf den Programmgrundsätzen und den Jugendschutzbestimmungen liegt.

Hesse, Albrecht: Der Vierte Rundfunkänderungsstaatsvertrag aus der Sicht des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. – S. 183 – 194

Der Autor setzt sich mit den Konsequenzen des Rundfunkänderungsstaatsvertrags für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten auseinander. Von besonderer Bedeutung sind § 19 RStV, der die Veranstaltung digitaler Programme betrifft, § 52 RStV, der die digitale Kabeleinspeisung regelt, § 53 RStV, der die Zugangsfreiheit zu den Zusatzdiensten Digitalen Fernsehens vorschreibt, die Listenregelung in § 5 a RStV und die Online-Ermächtigung in § 4 Abs. 3 ARD-, ZDF- und DLR-StV. Im Rahmen von § 5a Rundfunkgebührenstaatsvertrag stellt der Autor die Diskussion um alternative Finanzierungsmodelle dar.

Kreile, Johannes: Die Neuregelung der Werbung im 4. Rundfunkänderungsstaatsvertrag. – S. 194 – 203

Der Autor beschäftigt sich mit den Werberegeln im vierten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, die den Schwerpunkt der Neuregelungen darstellen. Neben der Umsetzung der EG-Fernsehrichtlinie wurden weitere Regelungen bestimmter Erscheinungsformen der Werbung aufgenommen. Hierzu zählen Split-screen, virtuelle Werbung und die Unterscheidung von Teleshopping in sog. Teleshopping-Fenster und Teleshopping-Spots.

Schröder, Jürgen: Zu den Fragen der Anwendung von Vergabeverfahren und der Leistungstransparenz bei Auftragsproduktionen öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten. – S. 209 – 231

Der Autor, Juristischer Referent (Regierungsrat) am Sächsischen Rechnungshof, beschäftigt sich zunächst mit der Frage, ob Vergabevorschriften und Regelungen zur Rechnungsprüfung im Bereich der Auftragsproduktion privater Unternehmen für öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten verfassungs- und europarechtlich zulässig sind. Vergabevorschriften und Regelungen zur Rechnungsprüfung, die die Beachtung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sicherstellen sollen, werden hierbei als Eingriffs- und nicht als Ausgestaltungsnormen eingestuft. Anschließend wird der Stand der Rechtsentwicklung im deutschen Vergaberecht unter dem Blickwinkel der Auftragsproduktion dargestellt. Dabei wird zwischen der haushaltsrechtlichen Lösung und den neuen Bestimmungen im Wettbewerbsrecht unterschieden. Schließlich untersucht der Autor die Möglichkeit, eine höhere Leistungstransparenz mit dem Instrumentarium des Preisrechts zu erreichen.

#### Jg 44 (2000) Nr 4

Engels, Stefan; Giebel, Torsten: Das neue Fernsehwerberecht. – S. 265 – 284

Die Autoren geben einen Überblick über die geltenden Regelungen für Fernsehwerbung, wobei sie die Novellierung der Werbevorschriften durch den vierten Rundfunkänderungsstaatsvertrag einbeziehen. Sowohl die europarechtlichen Vorgaben als auch die Bestimmungen des Rundfunkstaatsvertrags bzw. der Landesmediengesetze und die ARD-, ZDF- und DLM-Fernsehwerberichtlinien werden in den Blick genommen. Die Autoren differenzieren zwischen spezifisch rundfunkrechtlichen Grenzen der Fernsehwerbung zur Sicherung der Meinungsbildungsfreiheit und Schrankenregelungen zum Jugend- und Verbraucherschutz. Zu Ersteren zählen u. a. der Trennungsschutz und Bestimmungen zur Einfügung und Umfang der Fernsehwerbung. Hierbei werden auch die speziellen Vorschriften zu Dauerwerbendungen, Sendungssponsoring, Teleshopping, Split-screen, virtueller Werbung und Eigenwerbekanälen beleuchtet. Die Autoren weisen außerdem auf die Neuerungen im vierten Rundfunkänderungsstaatsvertrag in Bezug auf soziale Appelle und Hinweise auf Begleitmaterialien zu Sendungen hin. Als weitere Regelungen behandelt der Beitrag diejenigen zu Nachrichtensprechern und Fernsehwerbung und Minderjährigen. Auch die Ein-

ordnung von Sonderwerbeformen ist Thema des Aufsatzes. Hierzu zählen Product-Placement, Preisauslobung/Ausstatterhinweise, redaktionell aufgemachte Werbung, Eigenwerbung des Fernsehveranstalters, Merchandising und Licensing, Trikot- und Bandenwerbung, Grafik-Sponsoring, Verlags-TV und Titelsponsoring. Gesetze jenseits des Rundfunkrechts, die der Fernsehwerbung Schranken setzen, sind das Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz, das u. a. das Verbot der Zigarettenwerbung enthält, das Heilmittelwerbegesetz und die strafrechtlichen Vorschriften zur Pornografie. Zuletzt gehen die Autoren kurz auf die Selbstregulierung durch den Deutschen Werberat ein.

Bamberger, Christian: Zulassung zum Rundfunk in Bayern. – S. 284 – 289

Hamann, Andreas: Der Entwurf einer e-commerce-Richtlinie unter rundfunkrechtlichen Gesichtspunkten. – S. 290 – 297

In den Anwendungsbereich der sog. E-Commerce-Richtlinie fallen die „Dienste der Informationsgesellschaft“. Die Richtlinie verweist auf die Definition in der Richtlinie über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften (98/34/EG in der Fassung der Richtlinie 98/48/EG). Gem. Art. 1 Nr. 2 dieser Richtlinie ist „Dienst“ eine Dienstleistung der Informationsgesellschaft, das heißt jede in der Regel gegen Entgelt elektronisch im Fernabsatz und auf individuellen Abruf eines Empfängers erbrachte Dienstleistung. Nicht hierunter fallen Hörfunkdienste und Fernsehdienste (einschließlich zeitversetzter Video-Abruf) nach Artikel 1 Buchstabe a) der Richtlinie 89/552/EWG (sog. Fernsehrichtlinie). Da hiermit nicht alle Dienste abgedeckt sind, die in Deutschland unter den verfassungsrechtlichen Rundfunkbegriff fallen, hat die E-Commerce-Richtlinie auch rundfunkrechtliche Relevanz. Von besonderer Bedeutung ist insbesondere die Zulassungsfreiheit gem. Art. 4 der E-Commerce-Richtlinie. Nach einem kurzen Überblick über Ziel und Zweck sowie die einzelnen Abschnitte der E-Commerce-Richtlinie setzt sich der Autor mit dem Anwendungsbereich der Richtlinie auseinander. Da nun für Rundfunk unterschiedliche Regelungen gelten, je nachdem, ob er über die klassischen Verbreitungswege oder über das Internet übermittelt wird, steht die E-Commerce-Richtlinie nach Ansicht des Autors im Widerspruch zu dem sonstigen Ansatz in der EU, wonach Regulierung grundsätzlich technologieneutral sein soll. Der Autor verweist jedoch auch auf Art. 1 Abs. 6, wonach Maßnahmen auf gemeinschaftlicher oder einzelstaatlicher Ebene, die unter Wahrung des Gemeinschaftsrechts der Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt und dem Schutz des Pluralismus dienen, von dieser Richtlinie unberührt bleiben. Außerdem setzt sich der Beitrag mit der Regelungskompetenz der EU im Bereich des Rundfunks auseinander.

Liesching, Marc: Präventive Sendezeitbeschränkungen für Talkshows nach dem neuen Rundfunkstaatsvertrag. – S. 298 – 305

Der vierte Rundfunkänderungsstaatsvertrag hat auch die Jugendschutzbestimmungen novelliert. In § 3 Abs. 7 S. 2 RStV heißt es nun, dass die Landesmedienanstalten im Einzelfall für Sendeformate zeitliche Beschränkungen vorsehen können, wenn deren Ausgestaltung nach Thema, Themenbehandlung, Gestal-

tung oder Präsentation in einer Gesamtbewertung einem Verstoß nach § 3 Abs. 2 S. 1 1. Halbsatz RStV, also einer Eignung zur Beeinträchtigung des körperlichen, geistigen oder seelischen Wohls von Kindern und Jugendlichen gleichkommt. Damit hat der Gesetzgeber auf die Diskussion über jugendschutzrelevante Talkshows reagiert. Damit wird den Landesmedienanstalten die Möglichkeit der zeitlichen Verlegung eines ganzen Sendeformats in das Abendprogramm an die Hand gegeben. Da mit der Novellierung ein Eingriff in die redaktionelle Gestaltungsfreiheit der Programmveranstalter einhergeht, setzt sich der Autor, Rechtsreferendar und Vorsitzender der FSF, mit der Rechtsnorm im Hinblick auf verfassungsrechtliche Grenzen sowie auf die tatsächliche Umsetzung der Norm auseinander. Er untersucht, ob eine Verletzung der Rundfunkfreiheit vorliegt. Dabei kommt er zu dem Ergebnis, dass die Norm nicht gegen das Vorzensurverbot des Art. 5 Abs. 1 S. 3 GG verstoße – da die Entscheidung auf der Grundlage bereits verbreiteter Einzelausgaben erfolge und daher nicht als Präventivkontrolle einzustufen sei – und im Wege der Auslegung auf einen verfassungskonformen Anwendungsbereich reduziert werden könne. Dabei zieht er die Wertungen des GJSM vergleichend heran.

Schneider, Jürgen: Zur Übertragung von Nutzungsrechten eines Kameramannes in Tarifverträgen bei unbekannter Nutzungsart (hier: Videozeitauswertungsrechte). – S. 310 – 315

Der Beitrag stellt eine Anmerkung zum Urteil des LG München I dar (ZUM 1999, S. 332 ff.).

#### Jg 44 (2000) Nr 5

Engel, Christoph: Sonderlasten für Fernsehveranstalter mit einem Zuschaueranteil von 10 %. – S. 345 – 356

Der Beitrag, dem ein Rechtsgutachten für SAT.1 zugrunde liegt, setzt sich mit § 26 Abs. 5 RStV auseinander, wonach ein Veranstalter, der mit einem Vollprogramm oder einem Spartenprogramm mit Schwerpunkt Information im Durchschnitt eines Jahres einen Zuschaueranteil von 10 % erreicht, Sendezeit für unabhängige Dritte einräumen muss. Der Autor hält die Norm unter anderem wegen ihrer Auswirkungen auf das Programm vor und nach dem „Fenster“ für Dritte für verfassungswidrig. Die Pflicht zur Ausstrahlung von Drittsendungen zerstöre den Zusammenhang des Programms, das sich als einheitliche Marke präsentieren müsse, um das Publikum an sich zu binden. SAT.1 erleide durch die Pflicht, sein Programm für die Sendungen von News and Pictures und von dtcp zu unterbrechen, jährlich einen Nachteil von 35 Mio. DM. Der Autor ist der Auffassung, dass die Regelung weder dem Schutz vor Medienkonzentration noch der Breite der dargestellten Inhalte diene. Als Zweck komme lediglich das Anliegen, kleine oder junge Programmveranstalter zu fördern – also Industriepolitik –, in Betracht. Es bestünden Zweifel, ob dies einen legitimen Zweck darstelle. Zudem sei die Norm verfassungswidrig, weil Anbieter, die als Veranstalter von Fensterprogrammen ausgewählt werden, gegenüber ihren Konkurrenten privilegiert würden.

Degenhart, Christoph: Programmfunktionen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und Aufgabenbestimmung durch den Gesetzgeber. – S. 356 – 364

Der Beitrag enthält Anmerkungen zum Streit um „MDR-Sputnik“ und stellt eine Erwiderung auf den Beitrag von Wille und Schneider-Freyermuth dar (ZUM 1999, S. 713 ff.). Nach Ansicht des Bundesverwaltungsgerichts enthält § 3 MDR-Staatsvertrag, der vom MDR veranstaltete Programme aufzählt, keine Programmzahlbegrenzung. Der Autor wendet sich der Frage zu, ob eine Programmzahlbegrenzung in verfassungskonformer Weise erfolgen könnte. Nach einer Darstellung der Interessenlage – das Interesse der Länder, die Definition des Programmauftrages nicht aus der Hand zu geben, die Bestands- und Entwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sowie die Interessen der Gebühreneinzahler – kommt der Autor bei einer Abwägung zu dem Ergebnis, dass Programmzahlbegrenzung verfassungsrechtlich zulässig seien. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk müsse in der Lage sein, seinen grundrechtlichen Programmauftrag zu erfüllen. Zahlenmäßige Begrenzungen von Programmen jenseits dieses Auftrags stünden dem institutionstypischen Expansionsinteresse entgegen, ohne inhaltlichen Einfluss zu nehmen. Dabei dienten sie dem Schutz der Gebühreneinzahler und der privaten Rundfunkveranstalter.

Kreile, Johannes: Der Zweitverwertungsmarkt: Ein Weg zur Stärkung der Unabhängigkeit der Produzenten. – S. 364 – 369

Renck-Laufe, Martha: Was ist und was kann die KEK?. – S. 369 – 375

Busch, Barbara; Lauktien, Annette-Tabae; Jost, Andrea: Auswirkungen des Medienerlasses auf die Filmindustrie. – S. 375 – 379

Leupold, Andreas; Demisch, Dominik: Bereithalten von Musikwerken zum Abruf in digitalen Netzen. – S. 379 – 390

Mayer, Patrick: Die Novelle des Landesmediengesetzes Baden-Württemberg: Licht am Ende des Konvergenz-Tunnels?. – S. 391 – 396

Am 28.7.1999 ist das Landesmediengesetz Baden-Württemberg in einer überarbeiteten Fassung in Kraft getreten. Der Autor stellt die bedeutsamsten Änderungen dar. Hierzu zählen die Novellierung der Zulassungsvorschriften – die Zulassung folgt jetzt dem sog. „Führerscheinprinzip“, die Ermöglichung eines feiner abgestuften Aufsichtsinstrumentariums, der Verankerung des „Must-Carry-Systems“ bei der Frequenzvergabe, die Änderung der Konzentrationsvorschriften sowie die Überarbeitung der Vorschriften über die Aufgaben und Befugnisse der Landesanstalt für Kommunikation. Der Autor kritisiert die beharrende Orientierung an bestehenden Strukturen im Bereich des Hörfunks.